

Volks-Tribüne.

Social-Politisches Wochenblatt.



Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 893 der Zeitungspreislifte für das Jahr 1890.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (20). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4 spaltige Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Armahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expediteure:
„Volksblatt“ Beuth-Strasse 8.

Nr. 24.

Sonnabend, den 14. Juni 1890.

IV. Jahrgang.

Gefahren für die Industrie. — **Gewerbeinspektoren in Oesterreich.** — **Das Bureau für allgemeine Statistik Frankreichs.** — **Gegen leichtsinnige Streiks.** — **Die militärischen Autoritäten.** — **Bestimmungen des Gewerbechiedsgerichts Entwurfes der Regierung.** — **Agrarier und Volksschule.**

Ueberall und nirgends. Gedicht von F. Dingelstedt. — **Sozialistischer Spaziergang I.** — **Zur Lage der kgl. preussischen Eisenbahn-Arbeiter I.** — **Ein Verzweiflungsschrei des kleinen Handels- und Gewerbebestandes II.** — **Jedem der volle Ertrag seiner Arbeit.** — **Die Dienstbotenfrage.** — **Ueber die technischen Umwälzungen in der Landwirthschaft.**

Zur Beachtung!

Vom 1. Juli ab befindet sich unsere Redaktion und Expedition am

Elisabeth-Platz 55,

und bitten wir, alle Zuschriften und Bestellungen dorthin zu richten.

Der Verlag d. Berliner Volks-Tribüne.

Gefahren für die „Industrie.“

(Zu den Verhandlungen der Arbeiterschutz-Kommission.)

§§ Unsere Bourgeoisie spricht eine eigene Sprache. Und nicht bloß die unsrige, sondern die aller Länder, die internationale Bourgeoisie.

Wenn der heilige Geist ihres Klasseninteresses auf sie herabfährt, so erlangt sie die Fähigkeit in fremden Zungen zu reden, das heißt in anderen Zungen, als sie von gewöhnlichen Sterblichen verstanden werden.

Der Geldsack ebenso wie die Liebe sprechen ja eine Weltsprache; aber während diese von allen Menschen und Menschenrassen ohne Unterschied verstanden wird, so jene nur von bestimmten Klassen, und zwar von den kapitalistischen. Indessen ist das von den letzteren gesprochene Bolapül ebenso instinktmäßig, um nicht zu sagen angeboren.

Der englische, der französische, der deutsche Bourgeois, der sich gestern pathetisch für die „Wohlfahrt der Nation“ ins Zeug warf, heute predigt er gegen den „Umsturz der Gesellschaft“, morgen gegen die angebrohte „Schädigung der Industrie“, und so fort. Als tiefsender Philosoph bewegt er sich bei seinen Reden stets in abstrakten Kollektivbegriffen. Aber das Konkrete, was er in Wirklichkeit darunter versteht, ist nicht dasselbe, was gewöhnliche Sterbliche gemeinhin darunter zu verstehen pflegen, sondern etwas total anderes. Er spricht von der Nation, aber er meint nur einen geringen Bruchtheil der Nation, nämlich die nationale resp. nationalliberale Bourgeoisie. Wenn der englische Bourgeois von der society, der französische von der société, der deutsche von der Gesellschaft spricht, so meint er damit keineswegs die ganze, große, bunte-gemischte Gesellschaft, den „Pöbel“ mit eingeschlossen, sondern nur die oberen Zehntausend, die sogenannte „gute“ Gesellschaft. Und wenn er die Interessen der „Industrie“ verteidigt, so meint er mit der Industrie in der That nicht diejenigen, welche sie ausüben, welche ihre ganze Lebenskraft für sie in die Schanze schlagen müssen, sondern die großkapitalistischen Industriellen, welche ruhig ihre Hände in den Schooß legen können, ohne daß der Gang des Räderwerks der Industrie auch nur im Geringsten sich verlangsamen oder gar stocken würde.

Und diese Beispiele könnten wir beliebig vermehren. Man sieht, die Bourgeoisie spricht eine absonderliche Sprache. Sie spricht einen Jargon, welchen ihr die Interessen ihrer Klasse eingeben. Indem sie in geschickter

Weise sich mit der Gesellschaft, mit der Industrie, mit dem Staate und mit hundert anderen Begriffen identifiziert, die alles andere in Wirklichkeit vorstellen, nur nicht die Bourgeoisie, so weiß sie es klüglich dahin zu bringen, daß alles, was angeblich im Namen und Interesse der Gesellschaft x. geschieht, allein für sie geschieht. Man sagt, die Heuchelei sei ein Kompliment an die Tugend. Wenn die Bourgeoisie alles ausdrücklich aber nur scheinbar im Interesse der ganzen Gesellschaft thut, so giebt sie damit indirekt zu, daß sie sich durch ihre moralische Ueberzeugung für verpflichtet hält, dasselbe auch wirklich wahrzunehmen. Sie giebt damit ferner zu, daß, diese Verpflichtung zu halten, dem Geist der Zeit, dem Interesse der Gesamtheit entspricht. Hält sie dennoch diese Verpflichtung nicht, weil sie dieselbe nicht halten kann, so gerathen ihre Handlungen mit ihrer Denkungsweise in den bedenklichsten Widerspruch. Sie beweist damit nur, daß sie aus dem Rahmen ihrer Klasse nicht heraus kann, daher aber auch unmöglich beanspruchen darf, im Namen der ganzen Gesellschaft zu sprechen. Sie beweist endlich damit, daß sie sich indirekt gezwungen sieht einzugestehen, daß sie Verpflichtungen nicht erfüllen kann, welche sie andererseits als bestehend anerkennen muß, und daß sie somit die führende Rolle in der Gesellschaft an eine Klasse abzugeben hat, welche im Stande ist, die für jene unausführbare Aufgabe zu lösen.

Dies ist die logische Konsequenz des oben Gesagten. Aber wie schon gesagt, die Bourgeoisie kann nicht aus dem ihr gesteckten Rahmen heraus. Sie spielt mit Bewußtsein ihre heuchlerische Rolle, bis sie ausgepielt ist. Bis dahin gehen die Bourgeois wie die römischen Arguren augenverdreht aneinander vorüber, schwörend, daß sie sich selbstlos für das Wohl aller aufopfert, während der traffe Hohn um ihre Mundwinkel zuckt.

Bei den Verhandlungen der Arbeiterschutz-Kommission trat soeben ein solches Argurenpaar auf, welches seine Rolle als Priester des heiligen Mehrerwerths nach besten Kräften spielte. Es waren dies der kostbare nordrheinische Industriekönig von Neunkirchen, Freiherr von Stumm, vulgo König Stumm genannt, und der südrheinische Kommerzienrath Dr. Klemm, Direktor der Badischen Anilin- und Sodafabrik zu Ludwigshafen.

Nach den wohl allen noch gut im Gedächtniß haften den Antezedentien des Freiherrn von Stumm im Reichstage war der Gedanke einer Abordnung desselben in die Arbeiterschutz-Kommission allein schon unbezahlbar. Daß er wirklich Mitglied der Kommission wurde, dafür sind wir der freikonservativen Partei zu aufrichtigem Danke verpflichtet. Denn Freiherr von Stumm ist zwar ein waderer und streitbarer Priester des Kapitalismus, aber ein ungeschickter Augur. Einen ungeschickteren hätten wir uns in der That schwerlich wünschen können. Bei seinem Auftreten hört man das kapitalistische Klasseninteresse immer gar zu deutlich souffliren, und Offenheit ist uns in solchen Dingen niemals unerwünscht.

Bei den Verhandlungen der Arbeiterschutz-Kommission handelte es sich bisher vornehmlich um die gesetzliche Fixirung der allgemeinen Sonntagsruhe. Die Herren Stumm und Genossen hätten gegenüber der Regierungsvorlage und der Zusammensetzung der Kommission schwerlich die Annahme des Paragraphen, welcher die Sonntagsruhe zum Gesetz erhebt, verhindern können. Bekanntlich wurde denn auch eine wöchentliche dreißigstündige Ruhepause beschlossen.

Indessen war mit diesem Beschlusse noch nicht aller Tage Abend.

Die Herren Stumm und Klemm wußten zu gut, daß jedwede Beschränkung in der Arbeitszeit eine Beschränkung der bisherigen Ausbeutungsfreiheit, mithin also zunächst auch einen Kapitalgewinnausfall bedeute, wenn derselbe auch nach und nach aus anderen Gründen wieder wett gemacht werden konnte. Es galt daher, sich auf der einen Seite als im höchsten Grade arbeitersfreundlich zu erweisen, andererseits aber die gefürchteten Folgen der gemachten Konzession durch möglichst weitgehende Ausnahmebestim-

mungen zu paralyßiren. Und im Schmieden von Ausnahmeparagraphen sind die Herren ja Meister.

Daß gewisse Ausnahmen heute unumgänglich sind, kann ohne weiteres zugegeben werden. Indessen dürften dieselben, wenn anders die sogenannte Arbeitsruhe nicht zum Spott werden soll, nicht soweit gehen, daß dieselben vollkommen der Willkür der Unternehmer anheimgestellt sind, und daß jede Kontrolle ihrer praktischen Ausführung verunmöglicht wird.

Die Regierungsvorlage war in dieser Beziehung gegenüber dem Unternehmerinteresse jarriführend genug. Dieselbe stellte nämlich die Gewährung der Entbindung von den gesetzlichen Bestimmungen allein in das Ermessen des Bundesraths. Hiermit konnten Stumm und Genossen wahrhaftig zufrieden sein, denn daß sich diese Körperschaft gegen das Unternehmertum unempfindlich zeigen würde, war auf keinen Fall anzunehmen. Dagegen hatte jeder, der die Sonntagsruhe nicht allein auf dem Papier stehen sehen wollte, allen Grund, einen solchen Passus mit Mißtrauen zu betrachten.

Es wurden daher mehrere Zusatzanträge gestellt. Der Freisinnige Dr. Krause beantragte ein Amendement, durch welches den Konzessionen des Bundesraths gewisse Schranken auferlegt wurden, und die Abgeordneten Schmidt und Bebel ein solches, nach welchem die Einwilligung des Reichstages zu den Bundesrathsvorordnungen, oder doch wenigstens seine Kenntnisaufnahme derselben erforderlich sein sollte.

Mit diesen Anträgen war dem Belieben des Bundesraths zweifellos ein sehr loser Niegel vorgeschoben. Länger aber konnten die Herren Stumm und Klemm den in ihren Herzen aufgespeicherten Groll gegen die Vorlage wie gegen die Zusatzanträge nicht zurückerdämmen, und so brach derselbe denn mit aller Macht hervor. Denn eine Feststellung der Befugnisse des Bundesraths war ein dicker Strich durch ihre Rechnung; dieselbe konnte alles verderben, und ihre einzige Hoffnung war ja gerade das „Ermessen des Bundesraths.“ Aus Stumms Philippika gegen die Zufüge konnte man deutlich das schmerzliche Bedauern heraus hören, daß er der Regierungsvorlage im Großen und Ganzen keine Opposition habe entgegen setzen können. Ja, er gab das direkte Zugeständniß, daß seine Freundschaft mit der Vorlage nur eine erzwungene sei und scheute sich nicht, ihr zuletzt noch einen derben Fußtritt zu versehen, indem er sagte, daß die Anträge von Schmidt und Bebel nur geeignet seien, die ohnehin durch dieses Gesetz beunruhigte „Industrie“ nur noch mehr zu beunruhigen. Der Herr Kommerzienrath Klemm sekundirte ihm, indem er lamentirend erklärte, daß durch die Anträge verschiedene „Industrien“ aufs Schwerste gefährdet werden würden.

Die arbeitersfreundliche Haltung des Zentrums zeigte sich bei der Abstimmung über diesen wichtigen Punkt im hellsten Glanze. In seiner Nacht lag es die Anträge der Genannten durchzubringen. Nichtsdestoweniger fielen sie, und es blieb nichts übrig als ein Fezchen von dem Antrag Bebel, wonach die platonische Kenntnisaufnahme der Bundesrathsbeschlüsse durch den Reichstag stattzufinden hat.

Durch diesen Erfolg schwoll den Herren Stumm und Klemm der Kamm, so daß der letztere bei einer späteren Gelegenheit sogar soweit ging, einen Antrag zu stellen, durch welchen den Unternehmern das Recht eingeräumt wurde, in bestimmten Fällen eigenmächtig die gesetzlichen Bestimmungen hintenanzusetzen, hinterher jedoch die Genehmigung einzuholen!

Risum teneatis, amici! Unterdrückt das Hohnge-lächter, mit welchem ihr solche Arbeitersfreundlichkeit beantwortet müßt, denn der Handelsminister v. Verlepsch fand diesen Antrag sympathisch.

Zum Glück wurde derselbe abgelehnt. Aber wer die Verhandlungen der Kommission mit aufmerksamen Blick verfolgte, hat den unvernünftigen Eindruck, daß der sich bei jenen abspielende Kampf um Konzessionen und Konzessionen ein — gelinde gesagt — wenig anziehender sei.

Gewerbeinspektoren in Oesterreich.

Oesterreich hat mit seiner Einführung des 11 stündigen Normalarbeitstages einen bedeutenden Schritt vorwärts gethan. Indessen läßt die Ausführung der zum Schutz der Arbeiter erlassenen Gesetze um so mehr zu wünschen übrig. Der Jahresbericht der österreichischen Gewerbeinspektoren für 1889 zeigt deutlicher als alles andere, daß der österreichische Grundsatz: „immer langsam voran“, trotz des anscheinend beschleunigten Tempos der Gesetzgebung an der Donau noch immer hoch in Ehren gehalten wird.

Wir entnehmen einem Aufsatze des „Handelsmuseums“ einige charakteristische Angaben:

Bezüglich der Arbeitszeiteinhaltung wird wenig Freuliches gemeldet. Sind doch sogar noch immer unglaublich grobe Uebertretungen in dieser Hinsicht zu verzeichnen, so daß Kesselheizer, Puffer 16 bis 20 Stunden arbeiten, im Mühlenbetriebe eine Arbeitsdauer von 24 Stunden beim Schichtenwechsel und überdies eine Verlängerung selbst dieser Arbeitszeit durch Verpflichtung zu mehrförmigen Sädertagen stattfindet, in Malsfabriken und Brauereien eine „übermäßige Dauer des Dienstes“ vorkommt und dergl.

Und solche Ueberschreitungen kommen vor, trotzdem die Verlängerung der Arbeitszeit in reichlichem Maße in Anspruch genommen und auch — in sehr weitgehender Weise zugestanden wird! Die Zahl der erfolgten Bewilligungen hat wieder mehr zugenommen und steigt somit von Jahr zu Jahr (1887: 566, 1888: 591, 1889: 606) statt, wie man erwarten sollte, bedeutend abzunehmen! Die Ueberstundenbewilligungen sollten doch der Hauptsache nach den leichteren Uebergang zur gesetzlichen Arbeitszeit vermitteln, mithin immer seltener erfolgen und schließlich — wenige ganz ausnahmsweise Fälle ausgenommen — ganz aufhören.

Die Zahl der Unfälle hat sich, wenn man von Beginn der Wirksamkeit bis zum Berichtsjahre rechnet, nicht vermindert, sondern vermehrt; sie beträgt im Jahresdurchschnitt der sechs Jahre gegen 2400, im letzten Jahre 3140, im Vorjahre allerdings noch mehr, 3718. Dabei wird von den Inspektoren übereinstimmend der Mangel an Sicherheitsvorkehrungen als hervorragende Quelle von Gefahren bezeichnet. Wie erklärt sich dies, nachdem alljährlich nach der im Berichte gegebenen Uebersicht tausende von Anordnungen betreffs Schutzvorrichtungen (1888: 2955) getroffen worden sind? Wohl doch nur dadurch, daß den Anordnungen nicht durchwegs Folge geleistet worden ist.

Daß den Anordnungen der Inspektoren so wenig Respekt von den rebellierenden Unternehmern erwiesen wird, scheint bei den überaus „humanen“ Geistes der Inspektion und den geradezu aufreizend niedrigen Strafbestimmungen nicht weiter wunderbar.

„Kann in den ärgsten Fällen, schreibt der Berichtshalter, wird zu energischen Mitteln der Abhilfe geschritten und ein sehr geringe Theil der Gesetzesübertretungen findet seine Sühne in der gesetzlich dafür vorgeschriebenen Strafe.“

Und schreiten die Inspektoren wirklich einmal zur Strafanzüge — im letzten Jahre sind nur 200 (!) solcher Fälle vorgekommen — so wissen die Gerichte, was sie zu thun haben. Der Bericht führt traffe Belege für die schneckenhafte Langsamkeit des Prozeßganges und die unglaubliche Niedrigkeit der Strafen an. Ein Inspektor schreibt geradezu: „Die Bußen sollten doch nicht so sein, daß sie zur gewerbmäßigen Umgehung des Gesetzes einladen.“ Dies Urtheil eines Beamten dürfte genügen.

Vermehrung der Gewerbeinspektoren und ein weniger bürokratisches Gerichtsverfahren, das sind die Heilmittel welche der Artikelschreiber des „Handelsmuseums“ gegen diese Uebel in Anwendung bringen will.

Merkwürdig ist es übrigens, wie der Bourgeoisogismus in seinem Kampfe gegen das Proletariat überall dieselben Mittelchen und Kniffe anwendet. Dasselbe Schauspiel, wie jetzt das rückständige Oesterreich, bot am Anfange seiner Arbeiterschutzesgesetzgebung in den 30er Jahren das vorgeschrittene England: Konzeffionen, die das Drängen der Arbeiter beschwichtigen sollten, die aber, da hinter den Gesetzen keine wirksame Strafgewalt stand, auf dem Papier, wo sie den Bourgeois unschädlich waren, stehen blieben. Je mehr die Macht der Arbeiter erstarkt, um so mehr wird auch derartigen Taschenspielerkunststücken ein Niegel vorgeschoben. Es wäre nur zu wünschen, daß die österreichischen Inspektoren bald ebenso einschließen, wie einst die englischen, gegen den Hokusfokus der Unternehmer Front machen und, im Interesse der Arbeiter, auf wirkliche Erfüllung der Gesetze dringen!

Das Bureau für allgemeine Statistik Frankreichs

hat vor etlichen Wochen eine Statistik des Streiks veröffentlicht, welche in Frankreich in den Jahren 1886 und 1887 stattgefunden haben.

Die Zahl der stattgehabten Ausstände betrug für die genannten beiden Jahre 269, nämlich 161 im Jahre 1886 und 108 im Jahre 1887. Die meisten Streiks fielen auf die Zeit von März bis Juli, ihre Häufigkeit nimmt von August bis Februar ganz bedeutend ab. In der Regel benutzten die Arbeiter Zeiten reger Thätigkeit in einer bestimmten Industriebranche, um in Ausstand zu treten. Warum, liegt auf der Hand.

Die Streiks brechen fast ausschließlich in den Departements aus, in denen sich die Bevölkerung vorherrschend mit Industrie beschäftigt.

Seit vierzehn Jahren kommt auf 1073 Ausstände nur ein einziger Streik landwirthschaftlicher Arbeiter. 1886 und 1887 haben in 12 Departements keine Arbeitseinstellungen stattgefunden, dagegen kamen Streiks auf das Departement du Nord (Kohlenbergwerke und Textilindustrie) 63, auf das Departement der Seine 36, der Rhone 19, der Marne 11, der Somme 7, der Vogesen 6, der Isère, Niederseine und Loire je 3. Zwei Drittel

aller Ausstände vertheilen sich also auf neun vorwiegend industrielle Departements.

Die meisten Streiks wurden verursacht durch Forderungen der Arbeiter nach Reduzirung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes, Aenderung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder durch Widerstand gegen geplante Lohnverminderung seitens der Arbeitsgeber. In den Jahren 1886 und 1887 kommen auf je 100 Streiks 45 behufs Herabsetzung der Arbeitszeit, 44 zum Zwecke einer Lohnerrhöhung, 25 um eine Lohnrückung zu verhindern, 10 wegen besserer Arbeitsbedingungen, 3,7 um die Entlassung unliebsamer Vorgesetzten zu erhalten, 12,8 wegen verschiedener anderer Ursachen.¹⁾

Die mittlere Dauer der Ausstände hat im Verhältniß zu den früheren Jahren kaum geschwankt. 1886 und 1867 haben je 62 pCt. weniger als 10 Tage, 19 pCt. weniger als 20 Tage gedauert. Nur in vier Fällen streikten die Arbeiter länger als hundert Tage. Mehr als die Hälfte aller Streiks fanden zwischen dem ersten und vierten Tag ein Ende. Im Durchschnitt repräsentirt jeder Streik 15 Tage nicht vollbrachter Arbeit.

Von den 269 Ausständen wurden 245 hinsichtlich der Zahl der Streikenden untersucht. Bei 159 Streiks feierten weniger als 100 Arbeiter, bei 80 Streiks weniger als 500, bei 4 Streiks unter 100 und bei 2 Ausständen zwischen 1000—5000 Arbeiter. Die Zahl der feiernden Arbeiter hat 1886 und 1887 bei keinem Streike letztere Ziffer überstiegen, während die Jahre 1879—1885 Ausstände von 7000—90 000 Arbeitern gesehen.

Alles in allem haben in den zwei Jahren 30 503 Arbeiter gestreikt.

Die Durchschnittszahl der feiernden Arbeiter pro Streik ist in den letzten Jahren stetig zurückgegangen, von 272 auf 154, dann auf 140 und endlich auf 114 gesunken.

Die Totalsumme der in den 269 Streiks „verlorenen“ Arbeitstage stellt sich auf 591 000, also ungefähr 300 000 pro Jahr. Ein einziger bedeutender Streik kann natürlich das Durchschnittsergebniß der verlorenen Arbeitstage pro Jahr erheblich beeinflussen. Dies ist z. B. in Frankreich 1875 geschehen, wo 3000 Dedenweber 63 Tage lang streikten, 1878, als 2000 Druder 90 Tage im Ausstand waren, 1879, wo 4000 Weber 148 Tage lang einen Ausstand unterhielten und 90 000 Tischler 46 Tage lang streikten, 1884 durch den 59 Tage dauernden Streik von 10 000 Kohlengräbern.

Man hat in Frankreich noch nicht genau berechnet, wie dies Carroll Wright für die Vereinigten Staaten, und Bevan für England gethan, welchen Werth das während der Streiks „verlorene“ Kapital darstellt. Wenn man den durchschnittlichen Tagelohn mit 3 Frs. 50 Cents. berechnet, so kostet jeder Streik durchschnittlich der Gesamtheit der feiernden Arbeiter an verlorenen Löhnen 30 000 Frs. und dem einzelnen Arbeiter 100 Frs. Carroll Wright hat berechnet, daß in den Vereinigten Staaten der mittlere Verlust für jeden an einem Streike theilnehmenden Arbeiter 200 Frs. beträgt. Der Streik der Pariser Tischler (1879) hat 5 Millionen, derjenige der Kohlengräber von Anzin 2 Millionen Frs. gekostet. Es fragt sich nun, ob und wie weit diese Verluste nicht durch die im günstigen Falle errungenen Vortheile an Lohnerrhöhung, verminderter Arbeitszeit, verbesserten Arbeitsbedingungen gut gemacht, bezw. übertroffen werden. (Ueber die New-Yorker Erfahrungen s. vor. Nummer der „Volkstr.“)

1886 und 1887 ist der Ausgang der Streiks für die Arbeiter in mehr Fällen unglücklich gewesen, als in den früheren Jahren. Von 1876—1884 betrug die Anzahl der für die Arbeiter erfolgreich endenden Streiks 22—35 pCt. 1886 hatten auf 100 nur 17 und 1887 auf 100 nur 16 Streiks einen glücklichen Ausgang für die Arbeiter. 58—60 pCt. der Ausstände endeten zu Ungunsten der Arbeiter, die übrigen Fälle durch Vergleiche zwischen Arbeiter und Kapitalisten.

Nach der Tabelle von Bevan kamen von 1870—1879 in England auf 702 Streiks nur 71, also 10 pCt., welche durchaus zu Gunsten der Arbeiter endeten. Dafür aber fanden auch nur 27 pCt., also zweimal weniger als in Frankreich, durch die vollständige Niederlage der Streikenden ihren Abschluß und auf 63 pCt. folgten gegenseitige Konzeffionen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern.

In den Vereinigten Staaten haben die Arbeiter in 46 von 100 Streiks durchaus gesiegt, in 14 mußten sie sich mit Konzeffionen begnügen, und in 40 unterlagen sie vollständig.

Von den vorstehenden Thatsachen verdient ganz besondere Betonung, daß die größte Anzahl der Streiks behufs Reduzirung der Arbeitszeit stattfanden. Die Sozialisten haben ihr richtiges Verständniß der Situation, ihre innige Fühlung mit den Bedürfnissen der Masse bewiesen, indem sie die Forderung des Achtstundentages zum Eckstein ihres Minimumprogramms und zum Anknüpfungspunkt einer umfassenden Agitation machten.

Gegen leichtsinnige Streiks,

die ja nicht nur in Oesterreich vorkommen, wendet sich die Wiener „Arbeiterzeitung“ in einem recht beachtenswerthen Artikel. Es wird darin ausgeführt:

¹⁾ Bei vielen Streiks bewogen mehrere Ursachen zusammen die Arbeiter zu streiken. — Nach einer von Carroll Wright in den Vereinigten Staaten geführten Enquete kommen daselbst auf 100 Streiks 43 pCt. wegen geforderter Lohnerrhöhung, 19,5 pCt. behufs Reduzirung der Arbeitszeit und 16,8 pCt. wegen geschehener Lohnverminderung. Daß in den Vereinigten Staaten bedeutend weniger wegen Herabsetzung der Arbeitszeit gestreikt wird, erklärt sich daraus, daß in den Staatswerkstätten wie vielen Privatbetrieben der achtstündige Normalarbeitstag oder doch niedere Arbeitszeit als in Frankreich üblich eingeführt ist.

Es ist einleuchtend, daß ein siegreicher Streik nur von größeren Arbeiterschichten, d. h. wenigstens von solchen, die eine ganze oder nahezu die ganze Branche umfassen, geführt werden kann. Eine Arbeitseinstellung, von einer einzelnen Werkstätte oder Fabrik, mit einem oder einigen Duzend Arbeitern begonnen, wenn nicht etwa die Ehre derselben auf dem Spiele steht, ist einfach leichtsinnig. Selbst oft, nicht immer, in dem Falle leichtsinnig, wenn man damit einer angekündigten oder eingetretenen Lohnreduktion vorbeugen will. Denn auch in diesen Fällen sollte zuerst getrachtet werden, die Gesamtheit zu gewinnen, ein allgemeines Vorgehen zu versuchen und die übrigen Umstände zu überlegen. Vor diesen leichtsinnigen Ausständen zu warnen, ist Pflicht des Sozialdemokraten.

Fast immer bei kleineren Unternehmungen ist das Resultat ein klägliches. Der kleine Fabrikant arbeitet nicht mit jenen großartigen technischen Hilfsmitteln wie der große und deshalb mit weit geringerem Profit wie letzterer. Oft produziert er nur, damit einfach sein Kapital erneuert werde. Tritt nun ein Streik ein, ist er gezwungen, für einige Zeit zuzusperrn, so ist dies oft sein Ruin. Die größeren Unternehmer schnappen ihm die Arbeit weg, ohne daß sie, eben wegen ihrer Maschinen und sonstigen praktischere Produktion, mehr Arbeiter anzunehmen gezwungen sind; die Streikenden sind dann in die industrielle Reservearmee dauernd oder doch für lange Zeit hinausgestoßen.

Der einzelne Unternehmer ist aber andererseits auch leichter in die Lage gesetzt, Ersatz zu finden für seine paar Arbeiter als ein ganzer Industriezweig. Sind keine Ersatzmänner am Plage, so ist es bei dem heutigen, sich stets verbilligenden Verkehrsweisen nicht schwer, solche von außen herbeizuziehen. Ist es doch selbst bei mächtigen, ganze Produktionszweige umfassenden Ausständen nicht selten mit Erfolg von den Fabrikanten versucht worden, die Streikenden durch auswärtige, billigere Arbeitskräfte zu ersetzen. Um wie viel leichter geht dies bei dem Ausstände eines Duzendes von Arbeitern?

Solche unorganisirte, unvorbereitete, meist noch gedankenlos geleitete Arbeitseinstellungen schlagen immer zum Schaden der betreffenden Arbeiter aus. Ohne Organisation und ohne Mittel Krieg zu führen, ist Wahnsinn, der sich allerdings oft bei Massen, die den Klassenkampf noch nicht begriffen, erklären läßt. Manche unvorbereiteten Massen-Ausstände lassen sich freilich nicht verhindern; sie ergreifen spontan nicht Einzelne, sondern die ganze Masse. Durch ihre moralische Wucht erringen sie manchmal selbst geringe Erfolge. Sehen sie jedoch auch gänzlich verloren, so ist die Folge eine Organisation, deren Mangel vorher eben allgemein vermisst wurde. Leichtsin sind aber diese kleinen Einzelgefechte ohne Nutzen und Zweck, bei denen die betreffenden Arbeiter verbluten, welche keine Organisation verursachen, sondern eine solche hemmen, weil die Indifferenten in dem betreffenden Sache muthlos gemacht worden sind.

Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, hier einmal eingzugreifen, soweit es in unserer Möglichkeit liegt. Die Klassenbewußte, organisirte, sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft hat noch immer bewiesen, daß sie jeden Streik, wenn er einmal ausgebrochen ist, ohne viel Rederei thatkräftig unterstützt, daß sie auch trachtet, selbst trotz aller Einwände, vom Zaun gebrochene Arbeitseinstellungen einem möglichst günstigen Ende zuzuführen, nur um die demoralisirende Wirkung, die ein solcher Streik, der mit einer Niederlage endet, nach sich zieht, zu verhindern. Dieselbe Arbeiterschaft muß nun aber entschieden das Streikheer zu lindern suchen, weil dieses sie in ihrer Thätigkeit vielfach hemmt und stört.

Wir haben ja noch Wichtigeres zu vollbringen.

Die militärischen Autoritäten.

es. Der Begriff der Autorität im Klassenstaat wird gemeinlich im Volke und leider auch noch unter einem großen Theil der sonst aufgeklärten Arbeiterschaft falsch aufgefaßt. Man glaubt darunter das auf Grund überlegener Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen wohlverdiente Ansehen einer Klasse oder Gesellschaftsklasse verstehen zu müssen, während im Gegentheil die Träger der Autorität in einem der Klassenherrschaft unterworfenen Staatswesen, ganz unabhängig von ihrem geistigen und intellektuellen Vermögen, lediglich durch Monopole und Privilegien geschaffen, die Macht und das Uebergewicht bevorzugter Gesellschaftsklassen über die große Masse des Volkes darstellen.

Der Autoritätsbegriff im bürgerlichen Staatswesen ermangelt daher jener idealen Auffassung, die die herrschenden Klassen allzugern und allzuoft dem Volke entgegenhalten, um sich dasselbe für ihre eigennützigen Zwecke dienstbar und unterthänig zu erhalten. Die Autorität, welche einzelne Berufsstände für sich allein unter Ausschluß aller andern nicht staatlich patentirten Individuen in Anspruch nehmen, ist nichts anderes als der Ausdruck eines ökonomischen und politischen Machtverhältnisses; keineswegs aber ist sie die Folge irgend welcher geistigen oder moralischen Vorzüge der Personen, welche sich unter dem Schutze der für sie gemodelten staatlichen Einrichtungen mit dem Nimbus der Autorität umgeben und die Führerrolle innerhalb einer Nation auf allen Gebieten des Lebens usurpiren.

Allerdings erstrebt auch der Sozialismus die Kräftigung und Erweiterung einer Art von Autorität: nämlich der Autorität der Gesamtheit des Proletariats über die Herrschaftsgelüste und den Nachsitzel der privilegierten Klassen. Wesentlich verschieden hiervon ist die Staats-

autorität, wie sie im bürgerlichen Gemeinwesen erscheint. Hier ist sie die Vollstreckerin des Willens — nicht der Gesamtheit, sondern der jeweilig herrschenden Klasse; ihr moralisches Ansehen muß deshalb bei den unterdrückten Volksklassen notwendigerweise Abbruch erleiden, wenn auch ihre Machtvolle innerhalb der Rechts- und Verfassungsordnungen Anerkennung fordern darf.

Wir wollen durch die vorstehenden Ausführungen nicht etwa leugnen, daß durch geistige, moralische, intellektuelle Eigenschaften, durch gereifte Erfahrungen und höhere Einsicht oder durch technische Geschicklichkeit auf den einzelnen Lebensgebieten Qualitätsunterschiede zwischen den Menschen bedingt werden und daß das durch hervorragende Leistungen gewonnene Ansehen gewisser Individuen ein gerechtes ist. Dem überlegenen Urtheil, das von der Gesamtheit freiwillig anerkannt wird, wird man immer auf einem abgegrenzten Gebiet eine Autorität beimessen können.

Anderes verhält es sich dagegen mit den dem Volke aufgedrungenen Autoritäten. Nach der landläufigen bürgerlichen Auffassung gelten ausschließlich nur diejenigen Personen und Berufsstände innerhalb einer gewissen Sphäre als Autoritäten, welche sich einer amtlichen Bestallung, einer staatlichen Patentierung erfreuen, die nur den Angehörigen der wohlhabenden Bourgeoisie zu Theil werden kann. Im modernen bürgerlichen Staat existiert nicht die Autorität des Wissens und Könnens, der Leistungen und Erfahrungen, sondern eine Kastenautorität, die nach Mandarinsart der nach Licht, Freiheit und einer menschenwürdigen Existenz mächtig emporstrebenden Menschheit mit verschliffenem Formelkram, banalen Aeußerlichkeiten und lächerlichem Hokusfokus noch zu imponiren denkt.

Der Glaube an die Autoritäten wird glücklicherweise mit jedem Kulturfortschritt durchlöchert und zum nicht geringsten Theile ist es das Verdienst der Bourgeoisie selbst gewesen, daß viele von den gesalbten und geweihten Autoritäten seitdem in die Kumpellammer verwiesen worden sind. Kulturfeindlich, wie der Autoritätsglaube ist, konnte er vor dem erwachenden kritisch-prüfenden Verstande des Volkes weder auf dem Gebiete der Wissenschaft noch der Politik länger Stand halten. Nur auf einem Gebiete besteht es anscheinend in ungeschwächter Stärke fort, das ist das militärische.

Falsch wäre es indessen zu glauben, daß die militärischen Einrichtungen, der solidarische Kastengeist, in Deutschland — vornehmlich aber in Preußen — sei es durch ihr inneres Wesen oder die sich daran knüpfenden legendarischen Ueberlieferungen jene Art von unterwürfigen Respekt hervorbringen, den die Bourgeoisie, obwohl nur äußerlich, vor militärischen Angelegenheiten bezeugt. Die Zeit liegt nicht fern, wo der Kapitalismus durch seine parlamentarischen Vertreter in Preußen einen wichtigen Ansturm gegen den Militarismus und dessen soldatische Anführer unternahm, und wenn er heute, nur noch innerlich knurrend wegen der Menge Soldaten, die eine Zeit lang der industriellen Ausbeutung durch den Militärdienst entzogen worden, dem Militarismus die Millionen haufenweise bewilligt, so geschieht dies nicht, weil er eine besondere Verehrung für die grandiosen Talente der Militärautoritäten hegt; vielmehr in der instinktiven Voraussehung, daß viel Soldaten die beste ultima ratio gegen die gesetzlichen und loyalen Bestrebungen des vierten Standes sind.

Wie es nicht anders in einem reinen Militärstaate sein kann, ist die Haltung der Reichsregierung, so verächtlich sie auch in manchen politischen wie wirtschaftlichen Fragen sein mag, in militärischen Angelegenheiten eine unerschütterliche und unabänderliche. Den Volksvertretern, die sich gottlob in neuerer Zeit auch ein bescheidenes Urtheil über alle Fragen der Staatsverwaltung anmaßen dürfen, ohne darum von den amtlichen Sachautoritäten mit Geringschätzung behandelt zu werden, wird in militärischen Dingen jede Kompetenz abgeprochen, obgleich zur verständigen und sachgemäßen Beurtheilung gerade militärischer Angelegenheiten ein recht bescheidenes Maß von Urtheilskraft und technischer Kenntnisse ausreicht, das man bei der Mehrzahl der Volksvertreter als vorhanden voraussetzen dürfte. Genügen nicht die Mittel der militärischen Berebbarkeit, um widerspenstige Abgeordnete militärfremd zu machen, so beruft sich die Reichsregierung auf die sakrosankten Militärautoritäten und den parlamentarischen Vertretern der Bourgeoisie fährt der Schrecken in die Glieder. Die Lehre vom beschränkten Unterthanenverstande findet nirgends so eifrige, wenn auch herzlich beschränkte Verteidiger als auf dem militärischen Gebiet.

Demgegenüber ist es die Aufgabe einer Partei, die den Militarismus unentwegt bekämpft, dem Autoritätenkultus auch auf seiner ureigensten Domäne entgegenzutreten. Ohne sich einer Ueberreibung schuldig zu machen, darf man wohl behaupten, daß der Kultus, der mit der sogenannten militärischen Sachautorität auf Seiten urtheilsloser Leute getrieben wird, dem Militarismus den größtmöglichen Vorschub leistet. Sicher ist es, daß die große Masse des deutschen Volkes, Bourgeois sowohl als Proletarier, dem Militarismus, der von Jahr zu Jahr augenfälliger die wirtschaftlichen Grundlagen des Staatswesens zu verschlingen droht, keine Sympathien entgegenbringt; aber ebenso sicher ist es, daß ein großer Theil der deutschen Wähler in militärischen Dingen noch immer auf ein eigenes Urtheil verzichtet, sobald die gewichtigen Ansprüche irgend welcher militärischen Autoritäten einen nahen Krieg in Aussicht stellen. So war es bei den Wahlen des Jahres 1887 und derartige Vorgänge würden sich wiederholen, wenn das deutsche Volk nicht inzwischen gelernt hat, mehr auf den gesunden Menschenverstand und das vernunftgemäße Handeln seiner parlamentarischen Vertreter

zu vertrauen, als auf den Chauvinismus etwelcher Personen, die sich mit dem Glorienschein der Autorität umgeben. Damals wurde das deutsche Volk, wie sich später herausstellte, wegen der nichtigen Vorgänge alarmirt; den wüthigen französischen Boulanger, — zwar auch eine militärische Autorität, nichtsdestoweniger aber der größte Hampelmaß dieses Jahrhunderts — entdeckt zu haben, galt als eine der genialsten Thaten militärischen Scharfblicks. Mythen und Legenden wurden durch den Autoritätenkultus gewoben, während bei genauerem Hinsehen jeder verständige Mensch, der noch nicht in den Brei allgemeiner Urtheilslosigkeit aufgegangen war, die Wahrnehmung machen mußte, daß auch die militärischen Autoritäten gleich den gewöhnlichen Sterblichen stark mit Wasser lochen.

Lange Dienstzeit und Kriegstüchtigkeit berechtigen unsere Militärs doch noch nicht ihr Urtheil in militärischen Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Reichstages unterliegen, als allein maßgebend hinzustellen. Füglich sollte die Reichsregierung den Vertretern des Volkes, auch in militärischen Fragen nachgerade etwas mehr Einfluß einräumen und mehr Sachkenntniß zutrauen. Der Reichstag zählt genug Abgeordnete, die nicht bloß in militärischen Dingen gewandt sind, sondern manchmal auch eine Begabung zeigen, von der die berufsmäßigen Autoritäten nur profitieren könnten.

Daß übrigens selbst zur Leitung der gesammten militärischen Angelegenheiten eines Staates eine lastenmäßige Vorbildung nicht erforderlich ist, beweist das Beispiel Frankreichs, wo ein dem Zivilstande angehöriger Kriegsminister die Kriegsverwaltung mindestens mit demselben Geschick führt, als je einer seiner junstmäßigen militärischen Vorgänger. Man könnte sogar noch weiter gehen und behaupten, daß ebenfalls die eigentliche Kriegstechnik nicht das Sondereigenthum einer militärischen Klasse zu sein pflegt; Beweis hierfür ist die Kriegsführung durch Gambetta im französischen Kriege 70/71, die den gegen die Loire-Armee operirenden deutschen Heeren viel Verluste verursachte und noch furchtbarer ausgefallen wäre, wenn nicht glücklicherweise für uns die Energie Gambetta's an der Widerspenstigkeit der französischen Generale erlahmt wäre. Dieselbe Erscheinung finden wir bei den Truppenführern Napoleon I wie der ersten französischen Republik, die, ohne aus vornehmen Häusern herzustammen und ohne ein junstmäßiges Avancement, ganz Europa mit Hilfe einer begeisterten Armee niederwarfen. Wo blieben damals die junterlichen Autoritäten der Kriegsführung in Preußen, dem Lande des jopfmäßigen Militarismus von anno 1806? Derartige historische Thatfachen auf militärischem Gebiet wären wahrlich geeignet, den Autoritätenkultus etwas mehr in den Hintergrund zu drängen.

Handelt es sich wie bei den gegenwärtigen Militär-Vorlagen, über die der Reichstag beschließen soll, noch dazu um einfache Organisationsfragen der Armee, um eine weitere unaufhörliche Vermehrung der Friedenspräsenzstärke und dadurch bedingtes stetiges Anwachsen des Armeebudgets in bisher ungeahnter Höhe, sowie ferner um die Dauer der Dienstzeit, — so ist beim besten Willen nicht einzusehen, warum nicht in allen diesen Fragen das deutsche Volk und seine legalen Vertreter die allerkompetentesten Beurtheiler sein sollen. Oder sollte nicht jeder Abgeordnete mit gesundem Menschenverstand ebenso wie hohe Militärs befähigt sein, ein maßgebendes Urtheil über die Einführung der zweijährigen Militärdienstzeit oder gar über Berth und Unwerth des Paradeergänzens, dieser Schnurpfeiferei eines feudalen Zeitalters, abzugeben?

Darum wird es sich die Sozialdemokratie stets angelegen sein lassen, mit allen gesetzlichen Mitteln gegen den Militarismus anzukämpfen, ohne sich von militärischen Autoritäten weiter imponiren zu lassen.

Die reaktionären Bestimmungen des Gewerbeschiedsgerichts-Entwurfes der Regierung

treten am schärfsten hervor, wenn man seine Vorschläge vergleicht mit schon bestehenden Bestimmungen funktionirender Gewerbeschiedsgerichte, die vielfach — nationalliberale Schöpfungen sind.

Für Frankfurt a. M. würden z. B. folgende wesentliche Verschlechterungen eintreten:

Zunächst würde künftig die Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter der Prüfung und Bestätigung der höheren Verwaltungsbehörde bedürfen.

Als Erforderniß für die aktive und passive Wahlfähigkeit würde für die erstere statt der im Statut angegebenen Volljährigkeit, die Zurücklegung des 25. Lebensjahres aufzustellen sein.

Während ferner nach § 4 des Statuts für die Wahlberechtigung des Arbeitgebers die Anmeldung des Gewerbes und für diejenige des Arbeitnehmers lediglich die Thatfache genügt, daß derselbe zur Zeit der Wahl im Frankfurter Gemeindebezirke in einem gewerblichen Unternehmen in Arbeit stand oder hier wohnhaft ist und spätestens bis 14 Tage vor der Wahl hier in Arbeit gestanden hat, würde nach dem neuen Gesetze die Bestimmung aufzunehmen sein, daß nur derjenige zur Theilnahme an den Wahlen berechtigt ist, welcher seit mindestens zwei Jahren in dem Frankfurter Gemeindebezirke Wohnung oder Beschäftigung hat.

Weiter würde die Bestimmung des Statuts, daß das Geschlecht für die Wahlberechtigung keinen Unterschied macht, zu streichen sein, da der Gesetzentwurf dem weiblichen Geschlechte kein Wahlrecht geben will.

Hinsichtlich der Wählbarkeit schreibt das Frankfurter Statut bloß vor, daß wählbar nur Deutsche männlichen Geschlechts sind die über 25 Jahre alt und seit mindestens einem Jahre in Frankfurt wohnhaft oder in Arbeit sind. Statt dessen müßte als Voraussetzung der Wählbarkeit nunmehr das dreifache Lebensjahr festgelegt werden, ferner vorgeschrieben werden, daß der zu Wählende in dem der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder seine Familie keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen habe.

Man sieht hieraus, was für einen Geist der ganze Regierungsentwurf athmet!

Agrarier und Volksschule.

Auf der am 1. Juni in Aachen abgehaltenen Hauptversammlung des rheinischen Bauernvereins richtete sich ein Antrag gegen den preussischen Regierungsentwurf betreffend die Schulpflicht.

Der Antragsteller unterzog die Leistungen der Volksschule als „viel zu weitgehend“ einer scharfen Kritik. Heutzutage verlange man von den Kindern sogar, daß sie die Nebenflüsse des Rheins kennen sollten! Das Turnen, wie es heute geübt würde, hält Redner für vollständig überflüssig; früher hätten die Knaben auch geturnt, aber nicht, indem sie den Aufschwung am Neck machten, sondern indem sie, um die Krähenester auszunehmen, die höchsten Bäume erkletterten. Wozu würden ferner die Gemeinden mit hundertern von Mark für die Reinigung der Schullokale belastet? Möge es doch so gehalten werden wie früher, wo die Räume der Schule von den Schülern und Schülerinnen gereinigt wurden! Durch die heutige „Vielwisserei“ werde den Kindern auch aller Gehorsam und die Demuth gegen die Eltern genommen.

In dieser Richtung bewegten sich die Anschauungen des Redners, dessen Antrag lautet:

„In Erwägung, daß mit Rücksicht auf die verschiedenen körperlichen und geistigen Eigenschaften der Kinder eine allgemein gleiche Dauer der Schulpflicht nicht rationell ist;

ferner in Erwägung, daß eine Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr und darüber hinaus die materiellen Verhältnisse der Familien des Bauernstandes wie auch der ländlichen Gemeinden schädigt und die körperliche und geistige Gesundheit und die Sittlichkeit der Jugend gefährdet (11);

beantragt die Generalversammlung des Bauernvereins, das Hohe Haus der Abgeordneten möge den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Schulpflicht, insbesondere den § 3, ablehnen.“

Der Antrag wurde schließlich ohne Widerspruch angenommen, wobei der Vorsitzende die Unterstützung ähnlicher Eingaben dringend empfahl.

21 000 Verwundete, 1100 Tode, 500 Krüppel.

Wo fand diese Schlacht statt? Wir leben ja, geschützt von Millionen Soldaten, im tiefsten Frieden!

Das schweizerische eidgenössische statistische Bureau läßt diese aufreizende Nachricht verbreiten, denn es schreibt, daß vom 1. April 1888 bis 31. März 1889 im Ganzen 21 121 Unfälle amtlich zur Anzeige gelangt sind, welche Personen im Alter von mehr als 14 Jahren betrafen und den Tod derselben oder eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als sechs Tagen herbeiführten.

Von diesen 21 121 Unfällen sind

1089 solche mit tödtlichem Ausgange,
511 Unfälle hatten bleibende Erwerbsunfähigkeit und
19 521 bloß vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge.

Die Zahl der zur Kenntniß des Bureaus gelangten Unfälle ist ohne Zweifel beträchtlich hinter der Zahl der wirklich vorgekommenen zurückgeblieben.

Die „Arbeiterstimme“ bemerkt hierzu:

Da, arbeitendes Volk, sind Deine Verwundeten, Todten und Krüppel!

Das Schlachtfeld ist Dein Vaterland, der Schlachttag dauert das ganze Jahr, die Todten ehrt kein Denkmal, die Krüppel tragen kein Ehrenzeichen.

Sie sind ja nur gefallen und verwundet worden auf dem Schlachtfeld der Arbeit; die Arbeit aber ist verachtet. Wie lange noch?

Bis Du, Volk der Arbeit, Dir Deiner Kraft und Deines Werthes bewußt wirst.

Produktion und Technik, Statistisches.

Schnelligkeit der Ozeandampfer. Es wird immer unheimlicher mit den schnellen Fahrten der Ozeandampfer. Unheimlich allerdings nur in dem Sinne, daß man staunend den Leistungen gegenübersteht, zu denen die heutige Technik die schwimmenden Riesentolosse zwingt. Vor weniger als fünfzig Jahren galt eine Dampferfahrt zwischen einem der nordischen Häfen Deutschlands und Newyork für schnell, wenn man sie in 14 Tagen zurücklegte, die Ueberdrehung um einige Tage erregte durchaus keine Beforgniß. Es gab damals im regelmäßigen Verkehr sogar Dampfer, wie der Bremer „Solter“, die es sich gar nicht beikommen ließen, weniger als 19–20 An. zurückzulegen. Und heute! Jeder neue Dampfer übertrifft die Schnelligkeit des vorangegangenen! Vor einigen Wochen lief in Glasgow die „Normannia“, ein deutscher Schnelldampfer, von Stapel. Man versprach sich von ihm große Dinge, aber seine erste Fahrt nach Newyork hat die in ihm geheuten Hoffnungen noch übertroffen. Am Freitag, den 23. Mai, Nachmittags 2 Uhr, verließ die „Normannia“ Southampton, am Freitag, den 30. Mai, Morgens 6 Uhr, traf sie in Newyork ein, die Reise von Land zu Land währte also nur 6 Tage 16 Stunden oder unter Berechnung der Zeitdifferenz 6 Tage 11 Stunden. Früher brauchte man — und das galt schon als eine Errungenschaft! — zwei Wochen. Heute kann man in dieser Zeit hin- und zurückreisen und sich noch zwei Tage zur Abwicklung von Geschäften in Newyork aufhalten.

Politisches.

Öffentliche Einladung! Die am 7. Juni im Bobusa'schen Saale zu Kottbus in öffentlicher sozialdemokratischer Volksversammlung gewählte unterzeichnete Kommission, welche beauftragt ist, am 22. Juni d. J. in Kottbus einen sozialdemokratischen Parteitag für den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. einzuberufen, fordert die Parteigenossen hiermit auf, sich an denselben recht zahlreich zu theilnehmen. Bedingung für die Theilnahme ist, daß dieselben das sozialdemokratische Programm anerkennen. Die Tagesordnung lautet:

1. Die politische Bewegung.
2. Die Gewerkschaftsbewegung.
3. Die Arbeiterpresse im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. (Spezielle Anträge der Parteitagsthesen.)

Die Verhandlungen finden im Konzerthause des Herrn Bobus, Kossstraße Nr. 23, von Vormittags 11 bis 2 Uhr und von 3 Uhr ab statt. Erkennungszeichen auf dem Bahnhofs weißes Taschentuch in der linken Hand. Anfragen sind zu richten an Rud. Schiemenz, Kottbus, Sandow 187.

Kottbus, den 8. Juni 1890.

Rudolph Schiemenz. Hermann Martin. Carl Bewandowsky. Gottlob Köhler. Paul Kunert. Wilh. Nelson. Gust. Dotterweich. Arno Kummel. Max Bagenz.

„Die steigende Gährung und Erbitterung unter den Arbeitgebern in ganz Deutschland kann heute nur noch der übersehen, der sie nicht sehen will; sie rührt viel weniger her von den finanziellen Opfern, welche man den Arbeitgebern auferlegt hat, als von dem fortwährenden Sicheinbringen einer buntgemischten Menge wohlmeinender und redlicher, aber unberufener Vermittler, sozialer Quackalber aller Art, demokratischer Heher, misleidiger Damen, promovirender Doktoren, erschrockener Spießbürger, auf Urlaub befindlicher Referendare, ultramontaner Arbeiterfreunde, übereifriger Verwaltungsbeamten, popularitätshaschender Politiker, selbstvergrühter Rentner, müßiger Projektmacher u. s. w., von denen ein jeder seine Patentmedizin in der Tasche hat und, da die Arbeiter eine Belästigung sich groß verbiten, die rücksichtsvolleren Arbeitgeber überaus verfolgt. . . . Es versteht sich ganz von selbst, daß diese Herren in foveränderlicher Betrachtung der Thatsachen — denn umfangreiche Kenntnisse besitzen die Herren nicht immer — die Grillenbergersche Profitwuth der Unternehmer, nur etwas in einen süßlichen Ton übertragen, für alle Mißstände verantwortlich machen. Das gemeinsame Kennzeichen dieser sozialen Apokalypse ist es seit jeher gewesen, daß sie die eine Klasse der Gesellschaft dadurch „rückzugewinnen“ trachten, daß sie die andere prostribieren (ächten).“ — In dieser Weise macht die „Adln. Ztg.“ wieder einmal ihrem gepreßten Herzen Luft.

Es wiederholt sich vieles in der Welt. Als vor nunmehr 150 Jahren, im Februar 1742, der Minister Balpole in England gekürzt war, nachdem er ein Vierteljahrhundert meingefährlich regiert, da berichtete ein hannoverscher Diplomat nach Hause: „Was in achtundzwanzig Jahren nicht gesehen, nicht gehört, ja nicht geglaubt worden, das hat sich nunmehr ergeben: Whigs und Tories (Liberaler und Konservativer), Patrioten und wie sie alle hießen, seien einig miteinander und wetteiferten, ihre Königsstreue und Vaterlandsliebe zu bekräftigen. Whigs und Tories wurden bei Hofe gesehen und gnädig empfangen, weder im Ober- noch im Unterhause gäbe es eine Opposition; was der König vom Parlament fordern möge, alles werde ihm bewilligt.“ — Das gleiche Schauspiel führen jetzt nach der „Entlassung“ Bismarcks die konservativen, nationalliberalen, freisinnigen und ultramontanen Wadelftrümpfer in edlem Wetteifer an.

Der Arbeiterschutz und die Kaufleute. Der Kaufmännische Verein in Frankfurt a. M. hat in Gemeinschaft mit dem Mannheimer soden eine Petition an den Reichstag gerichtet, welche um bessere gesetzliche Regelung der kaufmännischen Sonntagsruhe bittet, als sie die bekannte Gewerbeordnung vorschlägt. Die Eingabe, welche unter allen bisher bekannt gewordenen Petitionen zur gleichen Sache den Verhältnissen am meisten auf den Grund geht, will die kaufmännische Sonntagsarbeit in Läden, Geschäften auf drei fortlaufende Vormittagsstunden (statt fünf Stunden im Entwurfe) beschränkt und in Geschäften ohne Ladenbetrieb ganz verboten haben. In der Begründung heißt es unter anderem:

„Die in Aussicht genommene Erlaubnis zur theilweisen Sonntagsarbeit für Ladengeschäfte findet doch nur darin ihre Berechtigung, daß dem Publikum die Möglichkeit nicht abgeschnitten werden soll, am Sonntag einzelne besonders dringliche Einkäufe vorzunehmen.“

Diese Möglichkeit wird aber in völlig ausreichendem Maße gewährt, wenn das Gesetz drei Stunden Verkaufszeit gestattet. Das Publikum wird sich sehr bald daran gewöhnen. Dann ist es auch möglich, diese Stunden vor die Zeit des sonntäglichen Gottesdienstes zu legen und ihre Regelmäßigkeit durch eine Stundenangabe (10 Uhr Vormittags) einfach und sicher zu begrenzen.“

Die fünfständige Sonntagsarbeit, welche der dem Reichstag vorliegende Entwurf erlauben will, ist viel zu ausgedehnt. Außer dem würde die Vorschrift, daß die Polizeibehörden diese 5 Stunden mit Berücksichtigung des Gottesdienstes festsetzen sollen, zu den größten Unzulänglichkeiten führen. Einmal liegen die Stunden des öffentlichen Gottesdienstes für die verschiedenen Konfessionen ganz verschieden. Und dann umfassen dieselben immer den größten Theil des Vormittags, von 9—12 Uhr, sowie auch einen Theil des

Nachmittags, von 2—4 Uhr. Die fünf Stunden des Entwurfs müßten also von den Polizeibehörden getheilt und theils vor, theils nach dem Gottesdienste gelegt werden, was die kaufmännische Sonntagsruhe für die schwebendsten Hilfspersonen, diejenigen des Kleinhandels, geradezu illusorisch machen würde.“

Schließlich wird ein Zusatz beantragt, nach welchem die gleichen gesetzlichen Bestimmungen für Handelsgeschäfte ohne Hilfspersonal gelten sollen. Diese Forderung rechtfertigt sich daraus, daß diese Geschäfte sonst den sonntäglichen geschlossenen Verkaufsläden mit Hilfspersonal durch unbegrenztes Offenhalten die illoyale Konkurrenz machen würden, sowie dadurch, daß von Geschäften mit Hilfspersonal versucht werden wird, das Ladengeschäft am Sonntag außer der gesetzlichen Zeit ohne Hilfspersonal zu betreiben.

Die Jahresversammlung der kaufmännischen Vereine Deutschlands hat, wie wir gleich hinzufügen wollen, am 9. Juni in Frankfurt a. M. sich diesen Forderungen angeschlossen.

Matte Glascheiben in den Fabriken. Im „Berliner Volksblatt“ lesen wir: In dem Berichte des schweizerischen Fabrikinspektors Rüspert finden wir einen Punkt besprochen, der schon oft bei uns besondere Gefühle weckte, nämlich die matten Glascheiben in den Fenstern der Arbeitslokalitäten. Der Beweggrund der Fabrikanten zur Errichtung solcher Wände ist der, den Arbeiter zu verhindern, in's Freie zu blicken, damit er nichts veräume und daher mehr Arbeit liefere. Von Uhrenarbeitern eingegangene Klagen, daß diese Milch- oder Mattglascheiben für die Augen sehr nachtheilig seien, veranlaßten den Fabrikinspektor, diese Verhältnisse genauer zu untersuchen und durch Sachverständige begutachten zu lassen. Einer der hervorragendsten Augenärzte gab, in Uebereinstimmung mit den Ansichten anderer Fachmänner sein Urtheil dahin ab, daß diese Mattglascheiben nicht nur eine Qual für die Augen des dahinter sitzenden Arbeiters sind, sondern auch eine unzweifelhafte Schädigung des Sehorgans zur Folge haben müssen. Um von feinerer Arbeit in der Nähe ausführen zu können, ist das Sehen in die Ferne, wenn auch nur für Momente resp. kürzere Zeit, dringend notwendig. Solche kurze Ruhepausen sind bei Vornahme genauer Augenarbeit dringendes Erforderniß, denn allzulange Akkommodation des Auges für die Nähe wirkt auf die meisten Augen nicht nur unangenehm, sondern auch schädlich ein. Diese Akkommodationsanstrengung läßt sich nur dann ganz entspannen, wenn dem Auge Gelehenheit gegeben ist, abliegende Objekte zu betrachten. Hierfür eignet sich ein Blick in's Freie am besten, weil erfahrungsgemäß damit ein sehr zweckmäßiges Ausruhen verbunden ist. Hierzu kommt noch, daß die besagten Mattglascheiben doch auch manchmal Verunreinigung verursachen. Dies bedingt ganz sicher zum Mindesten rasche Ermüdung des Auges und reizt empfindliche Augen sehr.

Die Sozialdemokraten und die großen Geschäfte. Die Chicagoer Handelsgesellschaft „The Fair“ läßt ein 12-stündiges Verkaufs-Magazin errichten, das an Größe und Umfang den Pariser „Bon Marché“ übertreffen soll. In einer Arbeiter-Versammlung wurde folgende, vom Sozialisten Thomas Morgan eingereichte, charakteristische Resolution angenommen: „Beschlossen, daß wir die Nachricht von dem riesigen Unternehmen der „Fair“ mit Freuden begrüßen, indem uns dadurch ein Beweis geliefert wird, mit welcher riesigen Schnelligkeit die kapitalistische Konzentration vor sich geht, d. h. wie schnell die kleinen Geschäfte von den großen aufgesogen und die jetzigen kleinen Geschäftsleute zu bloßen Verkäufern und Laufburschen der großen gemacht werden. Es ist dies der natürliche Auswuchs unseres heutigen kapitalistischen Systems und kann in keiner Weise verhindert werden. Wir erblicken in dieser Entwicklung den Vorboden einer sozialen Umwälzung.“

Fachvereine und Mitgliederverzeichnisse in Sachsen. Eine für das sächsische Vereinsleben wichtige Entscheidung hat das Oberlandesgericht als Revisionsinstanz gefällt. Der Vorsitzende des Chemnitzer Fachvereins der Metallarbeiter wurde bestraft, weil er es verweigerte, der Polizei ein Verzeichniß der Mitglieder anzugeben. Das Oberlandesgericht entschied nun in der Sache: das sächsische Vereinsgesetz bestimmt zwar nicht ausdrücklich, daß der Polizeibehörde das Mitgliederverzeichniß solcher Vereine eingereicht werden soll, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, doch das Gesetz verpflichtet den Vorstand eines solchen Vereins, der Ortspolizeibehörde alle auf den Verein bezüglichen Auskünfte auf Verlangen zu erteilen. Unter den Begriff einer solchen Auskunft fällt auch die Nachforschung nach den Personen der Mitglieder derartiger Vereine.

Das allgemeine Wahlrecht will der konservative „Reichsbote“ in folgender Weise „reformieren“: „Wir Konservativen haben nie zu den Lobrednern des gleichen, geheimen Wahlrechts gehört, wie die „Adln. Ztg.“ und ihre liberalen Gesinnungsgenossen, glauben aber, das dasselbe, nachdem es einmal eingeführt ist, gar nicht wieder abgeschafft werden kann. Was möglich ist, das ist eine Reform desselben auf seiner gleichen Grundlage. Und diese Reform haben wir schon seit zehn Jahren wiederholt vorgeschlagen. Sie besteht in der Verlegung des Beginns der Wahlfähigkeit vom 25. auf das 30. Lebensjahr und der Einführung der Wahlpflicht als notwendiger Ergänzung des Wahlrechts. Was die Wahlen verdirbt, das ist das Treiben der unselbständigen und unreifen Wählermassen vom 25. bis 30. Lebensjahre, in denen immer der Radikalismus — früher der demokratisch-fortschrittliche,

wie jetzt der sozialdemokratische — seine Macht hat, und das ist ferner die Zurückhaltung gerade der besonnenen, ruhigen und wohlgesinnten Elemente. Diese müssen an die Wahlurne gebracht und jene davon fern gehalten werden. Dann werden die Wahlen besser ausfallen.“

Gewerkschaftliches, Vereine.

Achtung! Arbeiter des Südens und Westens Berlins.

Gelesene Arbeiterblätter zur besseren Agitation in den Provinzen werden in folgenden Sammelstellen entgegengenommen: Otto Klein, Ritterstraße 15, im Laden; C. Neherau, Heim- und Bergstraßen-Ges., im Restaurant Ammer; Paul Suder, Fichtestraße 26; Wilh. Werner, Bülowstraße 64; P. Schröder, Kreuzbergstraße 15. Diejenigen Genossen der Provinzen, welche Arbeiterblätter zur Verteilung in ihren Kreisen zugesandt haben wollen, mögen ihre Adressen an Herrn Otto Klein, Zigarrenhändler, Berlin S., Ritterstraße 15, abgeben. Die Kommission. J. A.: Otto Klein, Ritterstraße 15.

An sämtliche der Textil-Industrie angehörenden Verbände, Genossenschaften und Vereine, als da sind: Weber, Färber, Spinner, Sticker, Wirker und verwandte Berufsarten. Werthe Genossen! In Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse und einsehend, daß eine gegenseitige, engere Verbindung unter einander, wenn sich unsere Lage bessern soll, höchst notwendig ist, hat der Posamentenverein Basel (Schweiz) beschlossen, die Initiative zur Abhaltung eines internationalen Textilarbeiter-Kongresses zu ergreifen, bei welchem Anlaß wir unsere Lage besprechen, Mittel und Wege zu unserer Besserstellung beraten und eine engere Verbindung anbahnen können. Wir ersuchen daher alle, die ihr der genannten Industrie angehört, uns die genaue Adresse einzuschicken. Auch diejenigen Arbeiter von Ortschaften, wo noch keine Organisation besteht, ersuchen wir um die Bezeichnung eines Vertrauensmannes. Ueber unsere weiteren Absichten werden wir Euch dann nähere Mittheilungen machen. Die Bestimmung des Ortes, wo der Kongreß tagen soll, bleibt Euch, Kollegen, überlassen; nur bemerken wir, daß bereits Basel in Vorschlag gebracht worden ist. Unsere Genossen in Amerika haben bereits beschlossen, den Kongreß, wenn er zu Stande kommt, zu beschicken. Mit Brudergruß und Handschlag! Basel, Ende Mai 1890. Die Kommission des Posamentenvereins Basel.

Ein Hülfseruf ergeht von den Weißgerbern in Kirchhain i. L. Dieselben stehen schon 15 Wochen im Kampfe mit ihren Innungsmeistern, wegen Einführung der 10stündigen Arbeitszeit und einer geringen Erhöhung ihres erbärmlichen Lohnes. Bis jetzt ist noch Niemand zur Arbeit zurückgekehrt. Nur noch einige Wochen, dessen sind wir versichert, und die Meister kapitalisten, denn solche Fähigkeit haben sie nicht erwartet. Wir möchten Euch zurufen: Laßt diesen Kampf zwischen Innung und Arbeiterorganisation nicht zu unsern Ungunsten ausfallen, sonst ist es um unsere Organisation geschehen. Denkt daran unser mit Hilfsbereitschaft! Unsere Beauftragten sind: W. Brinkmann, Berlin, Soldinerstr. 28, part. A. Wunderlich, Kirchhain i. L.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter und Zentral-, Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter „Vulkan“, (C. S. 29 und 89 Hamburg), Filiale I. Außerordentliche Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 14. Juni, Abends präzis 8 1/2 Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstraße 5—7. 1. Vortrag des Herrn Dr. Bach über „Krankheiten“. 2. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. Zahlreiche Theilnahme erwünscht.

Freie Vereinigung der Schneider, Vorrichter und Stepper. Mitgliederversammlung am Sonntag, den 15. Juni er., Vormittags 9 1/2 Uhr bei Reiber, Alte Jakobstr. 83. Vortrag über Verfassungsweisen, Kassierwahl etc.

Briefkasten.

Beyer-Hannover. Ende 1876 hatte Berlin 997 699 Einwohner, erreichte also Anfang 1877 die Million.

Zur gefälligen Beachtung!

Da unsere wiederholten Mahnungen, die noch unbezahlten Abonnementsbeiträge einzuschicken, von vielen Verbreitern und Kreuzband-Abonnenten nicht beachtet wurden, so erinnern wir dieselben hierdurch nochmals an ihre Pflicht und hoffen, daß die Säumnigen baldigt die Restbeträge einsenden werden. Andernfalls sehen wir uns gezwungen, ihre Namen hier zu veröffentlichen.

Allgem. Metallarbeiter-Verein

Berlins und Umgegend.

Sonnabend, den 21. Juni 1890:

Gemüthliches Tanzkränzchen.

in Renz' Salon, Joh. A. Uebel, Naunynstr. 27.

Billets, Herren 50 Pfg., Damen 25 Pfg., sind bei dem Kassirer Otto Klein, Ritterstr. 15; Gustav Wolf, Reimichenbodstr. 14a; bei sämtlichen Vorstandmitgliedern, sowie auf den Zahlstellen des Vereins zu haben.

Der Vorstand.

Verein der Klempner Berlins und Umgegend.

Sonnabend, den 14. Juni 1890:

Grosses Sommerfest

in der Neuen Welt, Hasenbaide.

Konzert und Auftreten sämtlicher Spezialitäten.

Billets à 25 Pfg. sind zu haben bei folgenden Mitgliedern: A. Wischhof, Königsstraße 43. Schwengler, Wulaustr. 11. Giesow, Joffenerstr. 35. Grabowsky, Seydelstr. 13. Schiefer, Koblankstr. 11. Fröhner, Spandauerstr. 42. Mobe, Landsberger Allee 136. Bredel, Reimichenbodstr. 18b. Selchow, Schleiermacherstr. 10. Auch sind Billets in der Cigarrenhandlung gegenüber der Neuen Welt zu haben. Der Ueberseher wird verwendet zur Gründung einer Unterstützungsfonds für hilfsbedürftige Mitglieder und bitten wir Freunde und Genossen uns in diesem Unternehmen zu unterstützen.

Das Komitee.

Durch uns zu beziehen:

Übersicht über die Verhandlungen des Reichstages.

VII. Legislaturperiode, letzte Session 1889/90. 116 Seiten brosch.

Preis 50 Pf. mit Porto 60 Pf.

Expedition der „Berl. Volks-Trib.“ Berlin 80., Oranienstr. 28.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich ein

Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal nebst Garten

Naunynstr. 86

eröffnet habe.

Zimmer für Vereine, Vorstände, wie für Zahlstellen steht zur Verfügung.

Fr. Zubeil.

Empfehle meinen werthen Freunden und Genossen sowie den Lesern dieses Blattes mein

Cigarren-Geschäft.

Carl Lehmann.

Brunnenstr. 83, dicht am Humboldthain.

Große und kleine Reste zu Hofen und Anzügen, sowie Kleider- u. Regenmäntelstoffe. Seidenplüsch, Trikot zu Taillen, gleich zugeschnitten, auch angefertigt. Albert Karle, Waldemarstr. 66.

Im Verlage des „N. freirel. (Uhlich'schen) Sonnt.-Bl.“ in Magdeburg-S., ist soeben erschienen:

Th. Paine,

Zeitalter der Vernunft (1793).

Heft 1 u. 2 (je 1 Bog.) zu je 10 Pf. postfrei, einzeln 15 Pf. Alle 14 Tage erscheint 1 Heft.

Sozialdemokratischer Leseklub

„Lessing.“

Jeden Montag, Abends 9 Uhr, Markusstr. 6.

(Restaurant Spiekermann).

Vorlesung und Diskussion.

Überall und nirgends.

Keine Romane.

Ein Königreich hab' ich gesehen,
So eins giebt's auf der Welt nicht mehr:
Mit offenem Munde blieb ich stehen,
Und sah und staunte rings umher.

Das war ein Wohlsein allerwegen
In Haus und Hof, zu Stadt und Land,
Ein rechter reicher Gottes-Segen,
Wie ihn mein Auge nirgends fand.

Die Straßen statt von Kriegsmilizen
Waren von Bürgern reich besetzt,
Der Hafen hat von Mastenstippen,
Von Häbern die Chaussee geätzt.

Von Polizei- und Amts-Verboten,
Von Rauth-Tarif und Brückengeld,
Schlagbaum und and'ren Schwestern
War auch nicht eine ausgefellt.

Und drinnen? — O da hat ein Glaube
Ganz ohne Pfaff und Priesterstand
Denkend, wie einst des Geistes Taube,
Geschwehrt ob dem beglückten Land.

Und keine Spur von Mystizismus,
Von Dunkelmannen-Muckerei,
Selbst Lutherthum, Katholizismus
Und Gar-Nichts galt für Einerlei!

Und Schrift und Wort war freigegeben,
Die Presse kaufte Tag und Nacht,
Jedwede Kraft und jedes Streben,
Wenn echt, ward wirksam auch gemacht.

Dem König war nicht viel zu sehen,
Und doch schien er an jedem Ort,
Und wollt er wo zu Fuße gehen,
Trug man ihn auf den Händen fort.

Die Stände zeigten so viel Dummheit,
Als guten Ständen nöthig thut,
Mehr Nüchternheit und minder Stummheit
Und just den rechten Redemuth.

Maitressen gab es und Spione
Als Karität ein Paar im Land,
Und für die Zeitung der Barone
Im Zollhaus einen Pränumerant.

Und Freiheit lag und grüner Friede
Und Ueberfluß und Lebenslust
Wie eine bligende Legide
Gar herrlich ob des Reiches Brust.

Die Dichter sangen wie sie wollten,
Der Eine hart, der Andre weich,
Und Keiner ward darum gescholten,
War er nicht einer Schule gleich.

Noch hatt' ich, ganz im Schan'n verloren,
Des Besten Lanke still gelauscht,
Als plötzlich, dicht vor meinen Ohren,
Ein fremder Klang vernehmlich rauscht.

Ich — wachte auf — . . . Wo? — Im Gefängniß,
Vom Klirr'n der Ketten an meinem Fuß . . .
O unglückseliges Verhängniß!
Dass man auch stets erwachen muß!

Vor meinem Fenster stand das Gitter
So fest wie früher in der Mauer,
Und über mir sang — ohne Zitter! —
Ein Strauchdieb seinen Gassenbauer.

F. Dingelstedt.

Sozialistischer Spaziergang.

I.

Ich ging im Walde
So für mich hin,
Und nichts zu suchen,
Das war mein Sinn."

Am Rande des Kiefernwaldes, wo der sandige Boden abfällt zu einem grünbedeckten Moorlande, ließ ich mich nieder, um das mitgebrachte Brod zu verzehren. Während ich mir den Imbiß mundeten ließ, beschäftigten sich meine Augen mit seiner Hülle, einer alten Zeitung, — fatale Gewohnheit des modernen Zeitungsmenschen, daß sein Blick von jedem bedruckten Papierbogen sich gefangen nehmen läßt.

Was ich las, waren jene merkwürdigen Worte über den Sozialismus, welche das Orakel unserer Großbourgeoisie, der Exkanzler Fürst Bismarck, einem Berichterstatter des „New York Herald“ in die Feder diktiert haben soll. „Der Gegenstand — so meinte das Orakel — zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist meiner Meinung nach das Resultat eines Naturgesetzes und kann nach der Natur der Dinge niemals zu einem Abschluß kommen. . . . Wenn es jemals zu einem

endgültigen Siege kommt, so würde derselbe auf Seiten des Arbeiters sein. Aber wenn dieser Kampf jemals zu einem Abschluß käme, so würde die menschliche Thätigkeit zu einem Stillstand kommen. Alles menschliche Streben und Kämpfen würde dann ein Ende nehmen, was meiner Ansicht nach nicht die Absicht der göttlichen Vorsehung ist.“

Die sozialistische Gesellschaft das Ende des menschlichen Strebens! Göttliche Vorsehung! — Das also ist die Weisheit des „eisernen“ Kanzlers. Ein wunderliches Eisen, schon mehr Eisenblech oder Rost, jedenfalls altes Eisen!

Während ich so dachte, fiel mein Blick auf eine Stelle des Erdbodens, welche von Ameisen wimmelte. Ein fesselndes, zum Nachdenken anregendes Bild! Da schleppen hundert Thierchen ihre Puppen (vom Volksmunde fälschlich Ameiseneier genannt) umher mit sorgender Liebe und in einer Weise, welche nach den Beobachtungen der Naturforscher durchaus nicht zwecklos ist. Da bauen diese Thierchen für ihre Genossenschaft eine passende Wohnung und sammeln Vorräthe. Da helfen sie einander in Hunger und Krankheit und beschützen einander gegen äußere Feinde, „alle für einen und einer für alle“. Und dennoch, wo sind ihre „Führer“, wo sind Herrscher, wo sind „Arbeitgeber“? Sieht das nicht fast wie eine sozialistische, ja sozialdemokratische Gesellschaft aus? Und dennoch hört das Streben nicht auf. Die „göttliche Vorsehung“ scheint doch den Sozialismus nicht zu verabscheuen, wie Bismarck glaubt.

Wenigstens verstand nach der Meinung unserer „Gottesgelehrten“ der „weise“ König Salomo etwas von der „göttlichen Vorsehung“, und diese theologische Autorität sagt (Sprüche Salomonis Kap. VI, Vers 6—8): „Geh zu den Ameisen, du Faulkenner, und bessere dich durch den Anblick ihrer Thätigkeit. Sie haben keine Führer, keine Leiter, keine Aufseher und sorgen doch für ihre Nahrung im Sommer und sammeln ihre Vorräthe während der Zeit der Ernte.“

Oder hatte Salomo eine mangelhafte Kenntniß von dem Leben der Ameise? — Ich beschloß, daheim in meinem Zimmer moderne naturwissenschaftliche Bücher zu befragen. Und von der Naturforschern¹⁾ erfuhr ich nun unter anderm Folgendes über die wahrhaft genossenschaftlich organisierte Ameisengesellschaft:

Die Klugheit, Geselligkeit der Ameisen sind längst berühmt. Leuret sagt von der Ameise, daß sie in der Reihe der wirbellosen Thiere am höchsten stehe, und daß selbst unter den Wirbelthieren, sogar mit Einschluß des Affen und des Elephanten, keins über sie zu setzen sei. „Ihre Geschichte, sagt er, ist diejenige des Menschen.“ Forel stellt die Ameise so hoch, daß er sie geradezu für die übrigen Insekten als dasjenige bezeichnet, was der Mensch für die übrigen Säugethiere ist. Und Darwin sagt im Hinblick auf das Gehirn der Ameise, welches nicht größer ist, als das Viertel eines Stednadelknopfes: „Von diesem Gesichtspunkte aus ist das Gehirn der Ameise das wunderbarste Substratum von der Welt und vielleicht noch wunderbarer als das Gehirn des Menschen“. Alle Ameisenkennner sind darin einig, daß die Ameisen eine Sprache haben. Büchner sagt: „Was das Mittheilungsvermögen oder die Sprache der Ameisen betrifft, so spielen auch hier wieder die sehr empfindlichen, mit starken Nerven versehenen Fühler oder Antennen die Hauptrolle. Zwei Ameisen, die mit einander reden oder sich unterhalten, sieht man mit den Köpfen einander gegenüberstehen und sich mit den überaus beweglichen Fühlern auf das lebhafteste gegenseitig bearbeiten, an die Köpfe schlagen u. s. w. Daß sie sich auf diese Weise gegenseitig sehr detaillierte Mittheilungen und zwar über ganz bestimmte Dinge zu machen im Stande sind, wird durch zahllose Beispiele bewiesen.“ Landois ist der Meinung, daß die Ameisen außer dieser Geberden- und Tastsprache auch eine Lautsprache haben. Er schloß dies aus vielen Beobachtungen und fand auch in der That einen Ton-Apparat nach Art der Raspel am Hinterleibe der Ameise. Bei den Honerameisen sind die Laute dieses Apparates sogar dem menschlichen Ohre vernehmbar.

Nachdem durch solche Zeugnisse nüchternen Naturforscher dargethan ist, daß die Ameise der Mensch unter den Insekten ist, dürfte unsere Aeußerung, die Ameisengesellschaft sei genossenschaftlich, weniger Gefahr laufen, belächelt zu werden. Bereits Swammerdam (1637—1680) verglich die Ameisengesellschaft mit den kommunikativen Gemeinden des Urchristenthums. Und L. Büchner meint — allerdings mit einiger Uebertreibung: „Man kann sagen, daß uns die Ameisen das Muster des in die Praxis eingeführten Sozialismus bis in seine letzten Konsequenzen liefern. Die Arbeit ist gänzlich frei und ungezwungen; sie haben keine Chefs oder Hauptlinge. Jede Ameise ist jeden Augenblick, und zwar ohne Zwang, bereit, ihr Leben für die Gemeinschaft zu opfern u. s. w. Ja, die Ameisen haben keinerlei Herrschaftsform, und dennoch — oder richtiger gerade deswegen — besitzen sie unter allen Insekten, ja unter allen Thieren die höchste Kultur. Mögen

¹⁾ Vergl. „Aus dem Geistesleben der Thiere oder Staaten und Thaten der Kleinen“ von Dr. Ludwig Büchner. Berlin 1876. Hofmann u. Co.

hier von diejenigen Menschen Notiz nehmen, welche vermöge irgend einer Ueberlegenheit des Besitzes, Standes oder Ansehens über Mitmenschen herrschen und diesen ihren Vortheil mit einem moralischen Mäntelchen zu umhängen pflegen, indem sie sagen, zur Wohlfahrt der Gesellschaft seien solche Herrschaften nöthig. Mögen sie lernen von dem kleinen Volke, welches sich in allen seinen Gliedern für klug und gemeinsinnig genug hält, um in allgemeiner Freiheit und Gleichheit leben zu können. Von diesen Prinzipien der Ameisengesellschaft sagt Büchner: „Das natürliche Uebergewicht, welches Alter, Kraft und Erfahrung den älteren Ameisen gegenüber den jüngeren verleiht, scheint denn auch die einzige persönliche Ungleichheit zu bedingen, welche in dieser Republik der Freiheit und Gleichheit zu finden ist. Die zuverlässigsten Beobachter stimmen mit dem schon von Salomo ausgesprochenen Urtheil überein, daß die Ameisen, geradefo wie die Gesellschaften der Bienen, Wespen u. s. w., keine Chefs, Hauptlinge, oder Anführer haben, und daß die eine so viel gilt, wie die andere. Das Bewußtsein ihrer Pflicht allein ist es, welches sie in Ordnung und bei ihrer Arbeit hält. Allerdings haben einige Beobachter, z. B. Ebrard, von solchen Hauptlingen gesprochen. Aber Forel versichert, daß sie ein bloßes Geschöpf von dessen Einbildungskraft seien. Huber, so führt er aus, hat bereits gezeigt, daß die Ameisen niemals Hauptlinge haben. Er selbst könne dies nur bestätigen und habe niemals eine Ameise gesehen, welche ihren Kameraden gegenüber eine befehlende Rolle gespielt habe. Eine Arbeiterin von größerer Gestalt ist allerdings mehr, als eine kleine, Gegenstand der Aufmerksamkeit von Seiten der Uebri gen, aber bloß ihrer Größe wegen; und wenn die Großen bei ihren Auszügen an der Spitze marschiren, so ist es nur der Verteidigung halber, zu welcher die kleinen Individuen nicht in gleicher Weise geschickt sind. Bei Gelegenheit eines Wohnungswechsels dagegen bemerkt man keine Verschiedenheit in der Thätigkeit der verschiedenen Formen der Arbeiter. Nur sind die Kleinen mehr arbeitsam, während die Großen mehr kriegerisch oder als zum Kampfe geschickt erscheinen. Auch die Krieger oder Soldaten, welche einige europäische und die meisten tropischen Ameisenarten als besondere Klasse aus ihren Geschlechtern ausscheiden, spielen niemals eine befehlende, sondern nur eine dem Gemeinwesen dienende Rolle.“ Allerdings werden gewisse Ameisen von den Zoologen „Königinnen“ und andere „Sklaven“ genannt. Aber diese Bezeichnungen sind unpassend. Die sogenannten Königinnen sind nichts anderes, als schwangere Ameisen, welche wegen ihres Zustandes weniger fähig zur Arbeit sind. Büchner sagt von ihnen: „Was die sogenannten Königinnen betrifft, so üben auch sie keine Art persönlicher Autorität aus und tragen daher ihren Namen eigentlich nur insofern mit Recht, als sie in der Regel keinen Antheil an der gemeinschaftlichen Arbeit nehmen und sich abgehen von ihrer Pflicht des Eierlegens, einem dolce far niente oder süßen Nichtsthun, einem denk- und arbeitslosen Wohlleben ergeben. Auch darin, daß sie sich von ihren quasi Unterthanen ernähren lassen, gleichen sie den menschlichen Königen, unterscheiden sich aber wieder darin sehr zu ihren Gunsten von ihren menschlichen Vorbildern, daß sie in einzelnen Fällen, wenn es Noth thut, mit Hand anlegen und sich nicht schämen, dieselben Arbeiten zu verrichten, wie ihre „Unterthanen“. Namentlich geschieht dieses da, wo es an arbeitenden Händen fehlt.“

Zur Lage der hgl. preussischen Eisenbahn-Arbeiter.

I.

g. Die volkswirtschaftliche Sektion des Freien Deutschen Hochstiftes in Frankfurt a. M. hat im letzten April einige Arbeiterbudgets veröffentlicht, welche, kombiniert mit anderm Material, zur Beurtheilung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Frankfurter Arbeiterbevölkerung beitragen und Anlaß zu einigen Bemerkungen geben können.

Die Zahl der erhobenen Budgets beträgt zwar nur 3, man suchte jedoch aus verschiedenen Arbeiterkategorien die Beispiele möglichst so auszuwählen, daß sie als Typen der betreffenden Kategorie gelten konnten.

Budget I u. II „stellen in direktem Vergleich die Lebensweise eines Arbeiters in einer Staatswerkstätte (Reparaturwerkstätte der Staatseisenbahnen) und eines Arbeiters in der Fabrik einer hiesigen Aktiengesellschaft (Chem. Fab.), allerdings einer der bestorganisirten unserer Stadt. Es bedarf wohl kaum des Hinweises, wie die Aktiengesellschaft derzeit weit eher den Namen einer Musteranstalt verdient, als die Staatswerkstatt, und wie viel noch fehlt, bis letztere der ersteren an Einrichtungen zum Wohl der Arbeiter auch nur gleichgekommen ist.“

Der Erlaß des Kaisers vom 4. Februar: „Die staatlichen Bergwerke wünsche ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen.“ hätte also auch auf diese Eisenbahnwerkstätten Bezug nehmen dürfen.

In der Chem. Fabrik der genannten Aktiengesellschaft findet der Arbeiter Gelegenheit zu gemeinsamem billigen Mittagstisch, es werden ihm Arbeitskleider und Bäder zur

Verfügung gestellt. Die Firma übernimmt die ganze Krankenversicherung, befreit also den Arbeiter von den auf ihn entfallenden Beiträgen; er erhält höheren Lohn, hat Aussicht auf eine Altersrente und im Todesfall auf regelmäßige Unterstützung für seine Wittve und Kinder. In der Staatsanstalt fehlt alles das bis auf die Altersversorgung und ein Wittwengeld.

Die Budgets sind für das Jahr 1888 erhoben und aus genau geführten Haushaltungsbüchern zusammengestellt worden. Zunächst werden die persönlichen und die Familienverhältnisse, der bisherige Lebenslauf und die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse des betreffenden Arbeiters besprochen.

Der Durchschnittslohn unseres staatlichen Eisenbahn-Werkstättenarbeiters (gelernter Schreiner) betrug Mk. 3,22, während des ganzen Jahres Mk. 1024,51, wobei 25 Sonntage als Arbeitstage eingerechnet sind. Dabei ist Stück- und Zeitlohn kombiniert. Was für eine Lebenshaltung hinter dieser Lohnsumme steht, wird in Bezug auf Wohnung und Mobiliar, Kleidung, Nahrung, Vergnügen und Bildungszwecke gut und anschaulich auseinandergesetzt.

„Diese Wohnungsverhältnisse sind gewiß keine glänzenden, das (einzige) Zimmer macht sogar, für sich allein betrachtet, einen schlimmeren Eindruck, als die Wohnungen vieler uns bekannter unterstützter Personen wegen seiner ungenügenden Erleuchtung, der Unmöglichkeit einer gründlichen Lüftung und wegen der schlechten baulichen Beschaffenheit des Hauses. Gleichwohl sind in manchen und wichtigen Beziehungen die Wohnungsverhältnisse des X immer noch besser, als diejenigen seiner Genossen. — Man muß sich zunächst klar machen, welches Familienleben in einer derartigen Wohnung in einem so belegenem Hause allein möglich ist, wenn 6 Personen nur ein einziges Zimmer mit der dürftigsten, verwaschensten, schmutzigsten Ausstattung zur Verfügung steht, das der Küchenrauch und Wäscheunflut anfüllt.

Wenn unser X in derartigen Verhältnissen die schlechteste Schnapskeipe seiner so beschaffenen Häuslichkeit vorzöge, wäre es kein Wunder, und daß er es nicht thut, beweist eben, daß bei ihm immerhin noch Familiensinn und Opferwilligkeit in recht hohem Grade vorhanden sind.

In vollständigem Einklang mit den bisher geschilderten Zuständen steht die Ernährungsweise der Familie.

Wir können hier auf das Nähere nicht eingehen. „Die prozentuale Ausgabenrechnung weist nach, daß (dennoch) mehr als die Hälfte sämtlicher Ausgaben, nämlich 54,85 %, resp. Mk. 574,61 auf Nahrungsmittel entfielen. Vielleicht ist es interessant, die aus den Tabellen und dem Gesagten ersichtliche Lebensweise des X. zu vergleichen mit dem, was die städtische Armenpflege den Alten und Siechen des Armenhauses darbietet. Wir finden dann, daß im Armenhaus, dessen Insaßen freilich meist alte sieche Leute sind, der für Nahrungsmittel auf den Kopf wöchentlich aufgewandte Betrag sich auf Mk. 3,52 berechnet, während der unser Beobachtungsobjekt bildende Arbeiter für Lebensmittel und Getränke nur Mk. 2,60 ausgeben kann, immer die 3 Kinder nur als 2 Personen berechnet, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß durch große Einkäufe des Armenhauses die Qualität sicher eine viel bessere ist, als die der Lebensmittel, die sich X. beim Einkauf in kleinster Quantität und zu theureren Preisen verschaffen kann.“

„Des Mannes Kleidung befindet sich in solch mangelhaftem und verwaschenem Zustande, daß er dies mit als Grund angiebt, weshalb er wenig ausgeht. Er kauft sich wohl einmal eine Arbeitshose oder ein anderes derart unentbehrliches Kleidungsstück, hat aber seit 15 Jahren keinen neuen vollständigen Anzug sich angeschafft. Wir wurden bei den Aufnahmen und Beobachtungen während des Jahres wiederholt zu Vergleichen zwischen diesen Zuständen und den Verhältnissen vieler in öffentlicher Armenunterstützung stehender Personen gedrängt, und diese Vergleiche fielen dahin aus, daß X., ebenso wie sein Mobiliar zurücksteht hinter dem vieler Unterstützter, so auch an Kleidung nothdürftiger und ärmlischer ausgestattet ist. — Eine Zeitung wird nicht gehalten: der Mann ist also in dem, was er von der Welt erfährt, auf den Umgang mit den Kameraden und auf die ihm gelegentlich seines Mittagessens in die Hand kommenden Zeitungen angewiesen. Einem Vereine irgend welcher Art gehörte er während des Berichtjahres nicht an. Seine Vergnügungen bestanden in einem gelegentlichen Spaziergange mit seiner Familie, oder im Zusammensein mit seinen Kameraden bei einem Glase Bier. (Durchschnittskonsum an Getränken per Woche 50 Pf.) Während des Jahres machte er ein Abschieds- bzw. Umzugsfest mit, das die Arbeiter gelegentlich des Abschieds von der bisherigen Werkstätte und der Ueberstellung in die neue veranstalteten.“

Einer Lebenshaltung von dieser Niedrigkeit entspricht also in Frankfurt a. M. ein jährliches Arbeitseinkommen von Mk. 1024. Oder vielmehr, dieses Arbeitseinkommen reicht nicht einmal für eine so niedrige Lebenshaltung aus: unser Werkstättenarbeiter der Staatseisenbahnen ist noch auf (private) Armenunterstützung angewiesen. Er bezog während des Berichtjahres in 4 Terminen Mk. 18,50 aus dem „lutherischen Almosenkasten“, ferner kamen ihm an Naturalien 2 Malter Kartoffeln, 8 Ctr. Kohlen, 6 Pfd. Fleisch und eine große Anzahl von Kleidungsstücken zu.

„Immerhin soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß, wenn wir die Geschenke an Nahrungsmitteln nur mit Mk. 24,50 berechnen, ferner die geschenkten Kleidungsstücke alle zusammen nur mit Mk. 30 veranschlagen, hierzu die Baargeschenke mit 13,50 addiren, doch eine Gesamt-

summe von Mk. 73, gleich 7,4 % des Arbeitsverdienstes von X., herauskommt, die für durchaus nothwendige Dinge verausgabt ist und ohne die das Budget nicht hätte ausgeglichen werden können, die aber X. gleichwohl nicht durch seine Arbeit zu verdienen vermocht hat. Mit andern Worten, ohne die Mildthätigkeit, der X. begegnet ist, hätte er Schulden machen, d. h. in Noth gerathen oder sich noch größere Entbehrungen auferlegen müssen.“

Diese Erscheinung, daß der Staat seine Arbeiter in einer Weise bezahlt, daß sie daneben noch auf Almosen und Unterstützungen angewiesen sind, die ihnen von anderer Seite zukommen, ist geradezu ein Skandal, ein öffentliches Aergerniß, das keineswegs durch den Umstand verzeihlicher gemacht wird, daß z. B. gerade in Frankfurt viele Anstalten privater Wohlthätigkeit bestehen. — Vielmehr bewirken solche Anstalten, daß der Lohn nicht auf die Höhe der Deckung allgemeiner Lebensbedürfnisse steigt.

Ein Verweissungsschrei des kleinen Handels- und Gewerbestandes.

(Eingekandt.)

II.

E. Kl. Die Jenaer Geschäftsleute haben kürzlich eine diesbezügliche Petition an das weimariische Staatsministerium gerichtet und allerwärts wird in den gewerblichen Kreisen ein ähnliches oder gleiches Vorgehen erörtert und geplant.

Das Schriftstück ist in mehr als einer Hinsicht interessant — es ist ein Zeichen der Zeit, das den Volksbeglückern vom Schlage des Herrn Adermann viel zu denken geben könnte, wenn dieselben über die wirtschaftliche Entwicklung überhaupt etwas mehr nachdächten und dafür etwas weniger darüber redeten.

Die Petition legt zunächst den Zweck der gedachten Altiengeellschaft dar, wie wir ihn schon oben skizzirten, und hebt hervor, daß die Handels- und Gewerbetreibenden einerseits durch die „immer mächtiger werdende Konkurrenz, durch die Verjandtschaften in den größeren Städten, durch Detailreisende, Hausirer, Wanderlager, Konkursmassenauctionen und Abzahlungsgehalte“, andererseits durch die Genossenschafts-Einkaufvereine für Beamte und Private, also Konsumvereine, in ihrer Existenz schwer geschädigt seien.

Als Beweis führt die Petition die Thatsache an, daß in Reichenbach i. Vogtl., einer Stadt von 21 000 Einwohnern, ein Konsumverein gegründet wurde, der 6 Verkaufsstellen errichtete, durch welche die dort ansässigen Kaufleute bis auf einige verdrängt wurden.

Der deutsche Offiziersverein mit seinem Jahresumsatz von 11 Millionen Mark, ferner die Reichspost-, Staats-eisenbahn- und Bergwerksverwaltungs-Beamtenvereine mit den gleichen Bestrebungen wie der Offiziersverein, bilden einen weiteren Gegenstand der Beschwerde.

Es heißt hierüber in der Petition, diese Vereine, „welche doch nur ihre eigenen Interessen verfolgen (das thuen die Petenten doch auch nur!), seien wohl geeignet, die deutschen Geschäftsleute in ihrem Gewerbe schwer zu schädigen, deren Betrieb wesentlich zu erschweren und gänzlich zu untergraben. Nicht nur, daß eine sehr große Anzahl von Existenzen ruiniert wird, sondern es wird sich in weiterer Folge zeigen, daß dem Staate eine seiner sichersten Hilfsquellen, die Steuerkraft in den Städten, erheblich geschwächt, ja zu einem großen Theile vernichtet werden wird. Es wird ferner der Handwerkerstand durch die Berringerung und den Verlust seiner Abnehmer, da ja naturgemäß die großen Konsumvereine zu ihren Bezügen nur an den Großhändler und Großindustriellen sich wenden, Schritt für Schritt aus seiner Stellung verdrängt und, da er durch die Absatzverminderung weniger neue Artikel herzustellen vermag, zum einfachen Fluder herabgedrückt, er verliert mehr und mehr die Lust am Schaffen und Wirken und wird nach und nach unausbleiblich dem Proletariat verfallen.“

Da haben wir's!

Das ist's ja, was die Sozialdemokraten immer behauptet haben und was ihnen immer und immer wieder abgeleugnet worden ist von denen, die ein materielles Interesse daran haben, den kleinen Handels- und Gewerbestand über den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung zu täuschen.

Jetzt spüren es die Geschädigten am eigenen Leibe, und zwar in einer Weise, daß gütliches Zureden nicht mehr recht versagen will.

Daß auf einen möglichen Steuerverlust hingewiesen wird, wird dem Staat wenig geniren, denn vermöge der indirekten Steuern verschafft er sich selbst von dem armfeligsten Proletariat seinen Tribut.

Am meisten fürchten die Petenten das „Waarenhaus für deutsche Beamte.“ Sie hegen namentlich die Befürchtung, daß ihnen, abgesehen von dem verminderten Konsum, auch die Waarenbezugsquelle weggekapert werden; nicht mit Unrecht betonen sie, daß die Mitglieder des Vereins als solche bemüht sein werden, ihren Verein in jeder Weise zu fördern, und daß ihnen ihre Beamteneigenschaft hierbei wesentlich zu statten kommt, da sie als Post-, Eisenbahn- oder Steuerbeamte in der Lage sind, die Bezugsquellen der Geschäftsleute kennen zu lernen. Die Vorschriften und Befehle über Bewahrung des Amtsgeheimnisses würden nicht verhindern, daß die betreffenden Beamten ihre Beobachtungen und Erfahrungen ihrem Verein nutzbar machen.

Im Frieden und bei günstiger Geschäftslage würden diese Schädigungen weniger tief empfunden, aber sie würden sich als vernichtend erweisen, sobald einmal eine anhaltende Handelskrise eintreten oder ein großer Krieg ausbrechen

solte, denn dann werde es dem deutschen Mittelstande an der ausreichenden Widerstandsfähigkeit ermangeln, da ihm in solchen schweren Zeiten die Stützen, die Beamten, welche ihre Gehälter fortbezogen, fehlten.

Wie nicht anders zu erwarten, wird auch das rote Gespenst zitiert. „Ist einmal dieser wichtige Faktor, das große freie Bürgerthum mit seinem Gewerbestande, eine der fundamentalsten Stützen des heutigen Staates, zerstört, der Handwerkerstand durch die Großindustrie und der kleinere und mittlere Handelsstand durch den kapitalistischen Großhandel und derartige Riesenkonzumvereine, wie das Waarenhaus für deutsche Beamte und der Offiziersverein, aufgesaugt, und ist damit das erstrebte neue Ideal, „das Aufheben des Zwischenhandels“, von jenem kleinen Kreise der neueren Wirtschaftskapitel erreicht, dann wird sich dieser Stand nie und nimmer wieder erholen, dann wird es nur mehr noch Tagelöhner und Bauern, Beamte und Großkapitalisten mit allen den daraus entspringenden Konsequenzen geben.“

Das ist wieder sehr wahr, nur begreifen die Petenten nicht, daß dieser Zeretzungsprozess, in dem wir uns bereits voll und ganz befinden, unaufhaltsam ist.

Der Umstand, daß das Waarenhaus seine Bestrebungen späterhin auch noch auf den ländlichen Grundbesitz auszudehnen gedenkt, erpreßt den Petenten die bange Frage: „Wer bleibt alsdann als Abnehmer der Gewerbe- und Handeltreibenden noch übrig, wenn auch die Landbewohner ihre Bedürfnisse nicht mehr aus der Stadt, sondern aus ihrem Konsumverein oder aus ihrer Genossenschaft beziehen?“

Ja, wer bleibt dann noch übrig?

Das Proletariat; aber das ist, Dank unserer wirtschaftlichen Zustände nur wenig konsumtionsfähig und bezieht überdies seine geringen Bedürfnisse auch lieber von selbstgeschaffenen Konsumvereinen, als von Privatpersonen, die ihm noch obendrein in seinen Emanzipationsbestrebungen meist hinderlich sind.

Der Wunsch der Petenten geht nun dahin, die weimariische Regierung möge ihre Beamten in der Weise beeinflussen, daß sie dieselben durch Vorstellungen u. abhält, dem Waarenhaus für deutsche Beamte beizutreten.

Das ertrinkende Kleingewerbe klammert sich also an den Strohhalm der Regierungsgunst; es fühlt sich zu schwach, sich selber zu helfen.

Wenn die Arbeiter Staatshilfe verlangen, weiß man nicht genug über die sozialdemokratische Begehrlichkeit zu schimpfen, wenn aber die bürgerlichen Stände Staatshilfe begehren — ja, Bauer, das ist ganz was anders!

Der in Dresden erscheinende „Gewerbeschutz“ jammert über das viele Geld, das aus den einzelnen Staaten nach Berlin fließen würde, und in seinem Briefkasten fanden wir eine Notiz, die fast wie ein praktischer Vorschlag zur Selbsthilfe aussieht. Es heißt darin nach einigen Vorbemerkungen: „Noch haben ja bei den Gehaltsregulirungen die Bürger auch ein Wort mitzusprechen.“

Ei, ei! Das sieht ja bald aus wie ein Boykott! Wollen die Beamten den Bürgern nichts mehr ablaufen und nichts mehr bei ihnen arbeiten lassen, dann wollen die Bürger vermittelst ihres Einflusses in den Parlamenten den Beamten die Gehälter beschneiden!

Das kann schön werden!

So groß aber unser Mitgefühl für die einzelnen, den Untergang vor Augen sehenden Personen ist, so wenig können wir uns dazu verstehen, die Hand zu gefehgeberischen Maßnahmen zu bieten, die die Lage nicht bessern, sondern nur verschleiern können.

Ein rücksichtsloses Aussprechen der Wahrheit ist hier das beste Heilmittel.

Nügen politische Gaukler mit dem Kleingewerbe und Kleinhandel ihren Bauernfang weiter treiben — die Sozialdemokratie bedarf solcher Mittel nicht; sie weiß, daß die wirtschaftliche Entwicklung diese Stände früher oder später in ihre Arme treiben muß, sie kennt die Maulwurfsarbeit des Kapitalismus — und der Kapitalismus ist mächtiger als Herr Adermann mit allen seinen Helfershelfern.

Jedem der volle Ertrag seiner Arbeit.¹⁾

Als Parteiforderung wird nicht selten aufgestellt: „Jedem der volle Ertrag seiner Arbeit.“ Einer sagt sie dem andern nach und doch denkt man nicht immer daran, ob sie richtig ist oder nicht. Darum ist es gut, hierüber ein wenig zu diskutieren.

Oberflächlich betrachtet, scheint dieser Satz so wahr, daß man nichts gegen ihn einwenden kann, und doch meinen wir, ernsthaftige Bedenken dagegen erheben zu können.

Der Arbeiter, der etwas gemacht hat, wird mit gewissem Stolge sagen: das ist der Produkt meiner Arbeit, also kommt mir der Ertrag davon zu.

Sehen wir, ob dies so ist.

Der Schuster hat ein Paar Schuhe angefertigt. Sind sie jetzt das Produkt seiner Arbeit allein? Er hat allerdings dem Grundstoffe eine neue Gestalt gegeben, so wie wir die Schuhe jetzt antreffen. Hat er aber auch die Grundstoffe gemacht? Nein, er hat sie vom Gerber gekauft, der die Haut des Thieres bearbeitete. Also finden wir auch die Arbeit des Gerbers in dem Paar Schuhe wieder. Der Gerber kaufte die Haut vom Metzger, der

¹⁾ Dieser Artikel ging uns von Herrn Neuenhuis bereits vor Wochen zu, konnte aber wegen Raummangels nicht zum Ausdruck gelangen. Ohne für den Inhalt in jeder Richtung eintreten zu wollen, stellen wir den Auffassern unsern Lesern dennoch mit; vielleicht daß er zu einer Diskussion Anlaß geben mag. Jedenfalls gehen die Ansichten über den hier behandelten Punkt im sozialistischen Lager auseinander.

das Vieh tödtete. Wir finden auch die Metzgerarbeit in den Schuhen wieder. Der Metzger kaufte das Vieh vom Bauer, dessen Arbeit in der Sorge für das Vieh bestand. Die Arbeit des Bauers finden wir also auch wieder, da er den Acker bearbeitete, damit das Vieh leben konnte. Ja die ganze Natur hat mitgewirkt durch die Sonnenwärme und den Regen.

Aber noch mehr. Die Werkzeuge, mit welchen der Schuster gearbeitet hat, sind auch nicht von ihm gemacht worden. Da sie aus Eisen und Holz bestehen, hat der Eisenarbeiter auch daran gearbeitet, er aber hat das rohe Eisen aus den Minen, und so hat der Bergmann auch mitgewirkt. Um das Eisen zu schmieden, braucht man Feuer, und dieses Feuer wurde mit Kohlen angemacht, die wieder aus den Kohlenminen kommen, also der Kohlenarbeiter hat auch das seinige gethan. Das Holz kommt von den Bäumen, und so hat der Holzhacker auch mitgewirkt. So kann man immer weiter gehen. Man erblickt immer mehr Leute und Kräfte, die an dem Paar Schuhe mitwirkten. Ja nicht allein die Gegenwart, sondern auch die Vergangenheit, durch die Verbesserungen von Werkzeugen, durch die verschiedenste Erfindungen, kommt hierbei in Betracht. Und ebenso wie die Theilung der Arbeit zugenommen hat, ebenso viel größer ist die Anzahl der Leute geworden, die an dem Paar Schuhe mitgewirkt haben.

Kurz, die ganze Gesellschaft hat mitgewirkt, sogar der Bäcker, der das Brod machte, um die verschiedenen Arbeiter zu nähren.

Wie ist der Mensch also im Stande, jedem zu bezahlen nach dem Ertrag seiner Arbeit? Wir glauben, das rein Unmögliche dieser Forderung gezeigt zu haben, deshalb kann niemand sagen: das ist das Produkt meiner Hände, worauf ich allein Recht habe.

Da also niemand nachweisen kann, welchen Theil das Individuum an der Produktion hat, weil seine Arbeit nur möglich war durch die Unterstützung, die Wissenschaft und die Werkzeuge, welche die Gesellschaft, und die Arbeitskräfte, Hilfsmittel und Geschicklichkeiten, welche die Natur ihm gab, kann auch niemand diese Forderung unterstützen.

Stellen wir uns aber vor, daß es möglich wäre, alle Theile zu bestimmen, würde man da keine Ungleichheit stiften? Wenn man das Wort „mein“ betont, hat man schon den Anfang gemacht mit dem Individualismus, welcher allmählich aber nothwendig enden muß in einer Ungleichheit, wie sie unter uns besteht. Gewandtheit, Eifer, Tüchtigkeit würden Recht geben auf mehr Genußmittel, und wo man immer Menschen findet, welche sich selbst diese Eigenschaften zuschreiben und durch eine gewisse Schamhaftigkeit ändern den Eindruck lassen, daß sie selbst diese Eigenschaften besitzen, da werden viele sorgen, für sich einen größeren Antheil zu bekommen auf Kosten anderer. So lehrt das Uebel zurück, daß man meinte ausgeglichen zu haben, und in kurzer Zeit wird die Ungleichheit, welche man entfernt hatte durch die Vordertüre, durch die Hintertüre einschleichen.

Man hat z. B. zwei Personen: der eine hat von der Natur einen starken Körper bekommen, wodurch er alles ertragen kann, er ist sehr gewandt und schnell, der andere dagegen ist träge und langsam in seinen Bewegungen. Beide arbeiten fortwährend; das Resultat ihrer Arbeit während eines Tages wird sehr verschieden sein. Vielleicht arbeitet der eine in acht Stunden mehr als der zweite in 12 Stunden. Die Frage ist nun, ob darum der eifrigere eifriger ist. Vielleicht das Gegentheil. In jedem Falle, wenn beide gethan haben, was sie konnten, haben auch beide gleiche Ansprüche, und es würde Unrecht sein, dem einen wegen seiner größeren Gewandtheit oder Schnelligkeit einen größeren Lebensgenuss zu geben als dem anderen, da die Umstände, welche die Ursache waren, außer dem Willen und der Macht dieser Individuen lagen. Es scheint die höchste Gerechtigkeit, die Vergütung der Arbeit proportionell zu machen der Arbeitsleistung, und doch macht man sich einer großen Ungerechtigkeit schuldig, wenn man das annimmt als Prinzip bei der Theilung des Produktes.

Wir glauben, daß die Quantität geleisteter Arbeit genau bestimmt werden kann durch die chemischen Aenderungen im Körper, daß man durch die Quantität ausgeathmeter Kohlensäure alle Arbeit vergleichen kann, also die Anstrengung eines Redners so genau bestimmt werden kann wie die eines Gepädtragers, die Anstrengung eines Dichters wie die eines Schmiedes ausgedrückt werden kann in Pfunden Gewicht, jedoch nie kann man es weiter bringen als zur Anerkennung, daß Jeder das Recht hat, das zu bekommen, was er braucht zur Herstellung seiner Kraft. Die sogenannten Dynamographen, welche die Kraft, die in jedem Augenblicke ausgegeben wurde, mit Bleistift auf ein Stück Papier verzeichnen, bieten als Meßinstrumente der Anstrengung großes Interesse, aber das ist noch keine Ursache, Privilegien zu schaffen.

Für uns ist es kein Privilegium, wenn der eine mehr bekommt als der andere, wenn seine Bedürfnisse größer sind, jedoch unter der Bedingung, daß beide genug haben zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Wenn zwei Menschen zusammen speisen und der eine ist mehr als der andere, weil sein Magen mehr verdauen kann und eine größere Quantität Speise bedarf, hat er denn kein Recht, diese zu bekommen? Und nur ein unrichtiges Gleichheitsprinzip kann dies verneinen, denn wenn beide vom Tisch aufstehen und gesättigt sind, sind in gleichem Maße beider Bedürfnisse ungesättigt, auch wenn die Quantität Speise bei beiden ungleich ist. Niemand kann doch mehr, als sich satt essen! Und wenn die Quantität Arbeit ungleich ist, vielleicht weil die Natur dem einen mehr gegeben hat als dem anderen

(durch einen kräftigeren Körper, durch eine bessere Gesundheit oder anderer Umstände wegen), ist das eine Ursache, dem einen, welcher Arbeit leistete nach seinen Kräften, weniger zu geben, wenn seine Bedürfnisse mehr erfordern?

Aus Gleichheitsreiterei würde man ungerecht sein. Auch vergesse man nicht, daß die Verschiedenheit an Kraft, Gesundheit u. s. w. durch verbesserte Umstände des Lebens nicht ganz verschwinden, jedoch sehr abnehmen wird. Die Verschiedenheit in der Arbeitsleistung ist auch nicht so groß und wird sich allmählich verringern.

Henry George sagt: „Ich habe sehr gewandte und sehr träge Typographen gesehen, aber der gewandteste konnte nicht doppelt so viel leisten, als der träge, und ich bezweifle, ob diese Verschiedenheit in anderen Branchen der Industrie proportionell größer ist. Zwischen zwei Menschen ist der Unterschied in Länge ein Sechstel oder Siebentel schon ein großer — der größte Riese war kaum viermal größer als der kleinste Zwerg, und ich bezweifle, ob ein guter Beobachter einen größeren Unterschied finden wird in den geistigen und körperlichen Eigenschaften der Menschen.“

Vielleicht schmeichelt es der Eitelkeit, vielleicht fällt es mit den Interessen und Erwartungen Einzelner zusammen, wenn sie sich selbst und anderen immer vorzuschwären, daß man die besseren Umstände des Lebens seiner eigenen Arbeit zu danken hat. Nichtsdestoweniger ist es unwahr.

Man füge dazu, daß die Möglichkeit, Carrière zu machen, wie man sagt, heute erschwert ist und nicht erleichtert. Ein reicher Fabrikherr in Manchester, welcher in seiner Jugend durch die Arbeit seiner Hände Garn gemacht hat, hat die Gelegenheit gefunden, als armer Junge Garn zu spinnen aus einem Ballen Flach, welchen man ihn auf Kredit gab und damit hat er Glück gehabt; er bediente sich anderer, durch deren Arbeit er so viel bekam, daß er die neuesten Maschinen einführen konnte und so ist er ein feiner Mann geworden. Jemand fragte ihn, ob er unter den gegenwärtigen Umständen als Jüngling dasselbe thun könnte und er antwortete aufrichtig: nein, das kann niemand. Ich werde es heute nicht können mit 50,000 Pfund Sterling und damals konnte ich es mit 5 Schilling.

Dasselbe ist wahr in jeder Branche der Industrie. Henry George vergleicht die Annahme, daß man heute dasselbe thun könnte mit der unsinnigen Behauptung, daß es leicht sei, in einen Zug zu springen, welcher in vollem Gang ist, weil diejenigen, welche eingestiegen sind, wenn der Zug sich noch nicht bewegte, es mit großer Bequemlichkeit thaten.

Die Aneignung fremder Arbeit ist heute viel stärker als vorher. Darum tritt die Nothwendigkeit mehr an's Licht, auch das Produkt der Arbeit gemeinschaftlich zu machen und die Theilung zu regeln nach den Bedürfnissen. Niemand kann behaupten, daß er ausschließlich eigene Arbeit geliefert hat. Nie ist etwas gemacht, was keine gemeinschaftliche Arbeit war. Also: alles, was erzeugt ist, ist das Produkt gemeinschaftlicher Arbeit. Und darum gemeinschaftlicher Besitz der Produktionsmittel und gemeinsame Produktion! Endzweck muß sein: alle arbeiten für die Gemeinschaft, und alle bekommen von der Gemeinschaft nach ihren Bedürfnissen.

Und wenn man fragt, wer die Bedürfnisse bestimmen wird, kann die Lösung dieser Frage im Anfang einige Beschwerden geben, bald werden sie jedoch verschwinden, denn denkende Menschen werden sie leicht überwinden. Wenn möglich wird jeder das für sich selbst bestimmen, aber sonst wird die Gemeinschaft entscheiden und als Regel wird man annehmen: erst das Nöthige für Alle, danach das Nützliche für Alle und endlich das Ueberflüssige im Verhältniß zum Vorrath nach Jedermanns Lust.

Auch hüte man sich vor dem Irrthum, welchen man öfter hören kann: das Bergwerk an die Bergarbeiter, die Fabrik an die Fabrikarbeiter, der Grund und Boden an die Grundarbeiter. Wenn das richtig ist, wird der Grund gelegt für eine Klassenherrschaft, d. h. für eine Ungerechtigkeit. Was wird unter diesen Bedingungen der Antheil sein der nicht direkt produktiven und der um nichts weniger nützlichen Arbeiter, z. B. der Lehrer, Mediziner und dergleichen? Werden sie von der Gnade der produktiven Arbeiter leben, welche ihnen geben können, was sie wollen? Das wäre Unrecht.

Darum fort mit allen Mißverständnissen! Diese aber werden gepflegt, wenn man sagt: jedem der volle Ertrag seiner Arbeit. Nein, wir müssen sagen: der volle Ertrag der Arbeit gehört der gesammten Gesellschaft.

Haag, Mai 1890. F. Domela Nieuwenhuis.

Die Diensthofenfrage

Löst in einem langathmigen Artikel des „Reichsboten“ eine Hausfrau ungefähre in folgender Weise:

Die christliche Herrschaft muß ihren Leuten nicht nur Herr und Herrin, sondern gleichzeitig Hausvater und Hausmutter sein, und als solche durch das Eingehen in die persönlichen Verhältnisse der Diensthofen die Pietät für deren Eltern bei ihnen zu erhalten und für sich selbst zu erstreben suchen. . . . In manchen Fällen ist es auch rathsam, sich mit dem Geistlichen der Heimath der Diensthofen in Beziehung zu setzen, zumal wo noch ein Verkehr zwischen ihm und seinem Gemeindegliede nach der Ferne hin fortbesteht.

Sind zunächst Anknüpfungspunkte der Theilnahme mit den Leuten angesponnen, so erwächst daraus gegenseitiges Zutrauen. Durch erntetes Vertrauen bei den Diensthofen aber kann vielen Heimlichkeiten vorgebeugt, ja auch der Sünde der Liebhaftigkeit oder dem Geheimhalten eines rechtlichen Verhältnisses, das durch Wissen der Herrschaft weniger sittlichen Gefahren ausgesetzt ist, kann oftmals gesteuert werden.

Wie es Pflicht der Herrschaft ist, Eintheilung und Vertheilung der Arbeiten zu bestimmen und zu beobachten, so muß der Hausvater oder die Hausmutter auch davon Kenntniß nehmen, wo und wie die freien Abend- und Feiertagsstunden verbracht werden. Für regelmäßigen Kirchgang der Leute, wie für die Bücher und Zeitschriften, welche sie lesen, für ihren Verkehr sowie für die Gemeinschaft des Hausgeindeg unter einander besonders in solchen Häusern, wo männliche und weibliche Dienerschaft dient, muß die Herrschaft ein beobachtendes Auge haben. . . .

Fördernd für die christliche Gemeinschaft zwischen den Hauseltern und dienenden Hausgeindeg wirkt es auch, außer den Hausandachten Lese-Abende einzurichten, wobei biblische Abschnitte, christliche Blätter oder Erzählungen mit den Leuten gelesen und besprochen werden.

Dringend zu warnen ist vor manchen Unsitten, die zumal in den Städten verbreitet sind und sittliche Gefahren für die Leute nach sich ziehen. Darunter ist vor allem das Ausbändigen der Hauschlüssel zu verwerfen. Jeder beurlaubte Diensthof muß verpflichtet werden, vor Schließung des Hauses heimzukehren, oder bei besonderen Ausnahmefällen nur mit Erlaubniß der Herrschaft nach 10 Uhr Einlaß bekommen. In solchen Städten, wo Marthaheime bestehen, ist es Pflicht der Herrschaft, mit diesen Anstalten in Beziehung zu treten, um ihren Mägden zu empfehlen, die freien Sonntage daselbst zu bringen, denn dort wird ihnen eine für Leib und Seele angemessene Sonntagsfreude („die Freude“) bereitet.

Sehr zu warnen ist auch vor dem Hochschrauben der Löhne. Es darf — wenn die Diensthofen einen den Ortsverhältnissen entsprechenden Lohn erhalten — aus Furcht vor Ausmietung durch Wajchfrauen und dergleichen Personen, die oft Stellenvermittlung für andere Häuser, zumal für Juden, übernehmen und durch reiche Lohnverlockungen die Leute aufreizen wollen, das Gehalt nicht sofort erhöht werden. Wo nicht Vertrauen und Liebe Herrschaften und Leute bindet, wird auch die klingende Münze nur Miethlingsarbeit erzeugen.

Auf die letzte Ausführung möchten wir zunächst erwidern, daß uns ein Christ, der seine Diensthofen anstatt mit gutem Geld mit dem sehr zweifelhaften Versprechen von Liebe und Vertrauen abfindet, mehr Jude zu sein scheint, wie die hier verurtheilten Semiten, die durch anständigere Löhnung „die Leute aufreizen“ und für sich gewinnen.

Was den ganzen Artikel aber anbetrifft, so haben wir kaum jemals die brutalste Sklavenhaltergefinnung sich so schamlos-heuchlerisch in das Gewand der christlichen Nächstenliebe kleiden sehen, wie in dem vorliegenden Falle.

Vielleicht lernen die Leser des „Reichsboten“ die ganze Gesinnungsrohheit, die in den erwähnten Vorschlägen steckt, begreifen, wenn sie sich einmal den Spieß umgedreht denken. Wenn nun die Arbeiter die Macht hätten und zusammentreten und darauf sehen würden, daß ihnen — wenn nöthig unter Zuhilfenahme von Eltern, Beamten und Spizeln — alle „persönlichen Verhältnisse“ der „Herrschaften“ immer „eingehend“ bekannt seien, daß diese vor der „Sünde der Liebhaftigkeit“ und den „Gefahren heimlicher Verlöbnisse“ bewahrt bleiben, daß sie im Verkehr mit „weiblichen Herrschaften“ sorgsam „beobachtet“ werden, gewisse Versammlungen (und wenn sie ihnen und ihren Interessen noch so sehr zuwider sind) regelmäßig besuchen, bestimmte Blätter regelmäßig lesen müssen, daß sie nur Vorgeschiedenes lesen dürfen, daß sie einen Hauschlüssel nicht bekommen, ihre freien Sonntage in Jünglingsvereinen zuzubringen hätten — das wäre natürlich eine wahre Höllestrafe für sie — und daß sie besonders vor der Erhöhung ihrer Profite oder Gehälter zu bewahren und eventuell dafür mit Liebe und Vertrauen abzufinden seien. . . . wach ein Sturm ungeheucheltster Entrüstung würde sich überall erheben! Am stärksten gerade in den Kreisen, die sich herausnehmen, das Gleiche für die Diensthofen zu empfehlen, die doch gewissermaßen auch Menschen sind und darum, selbst heute schon, das Recht haben, wenigstens für einen Theil ihres Lebens sich selber anzugehören. Selbst der Fabriklohnknecht hat dieses Recht nach Schluß der Werkstätte und er hat gewiß allen Grund, auch darüber noch hinauszustreben.

Behalten die geehrten „Herrschaften“ diese Sklavenhaltergefinnung, so werden sie sich freilich nicht wundern dürfen, wenn sehr bald überhaupt kein Diensthof mehr für sie zu haben sein wird, weil jeder selbstbewusste Mensch noch immer lieber verhungert, als sich diesem Joche beugt.

Ueber die technischen Umwälzungen in der Landwirthschaft,

speziell der Rheinlande, berichtet jetzt auch die „Köln. Ztg.“ anlässlich der rheinischen Landwirthschafts-Ausstellung.

Wir heben aus dem sachverständigen und lehrreichen Artikel Folgendes über die Periode nach 1865 hervor:

Von 1865 bis 1870 sind mehrfache und bedeutende Fortschritte zu verzeichnen; außer der Verbreitung der seit 1857 an den Fabrikwirthschaften eingeführten Reihensäe- und Behackmaschinen, der Dampfdreschmaschinen und Samenfortner waren es infolge des Aufstrebens der Industrie und der knapper werdenden Arbeitskräfte hauptsächlich die Gras- und Getreide-Mähmaschinen, deren der Landwirth bedurfte, und diese bot ihm ebenso wie verbesserte Pflüge, Eggen und Belzen die 1865er Ausstellung in genügender Auswahl. Hierzu kam noch die Einführung ertragreicherer Arten von Getreide und Hülsenfrüchten.

Von 1870 bis 1880 sind der Fortschritte nicht so viel zu verzeichnen. . . . Die großen Nebenwirthschaften. . . . bedienten sich ein Jahrzehnt hindurch mit bestem Erfolge der fünf inzwischen eingeführten Dampfplüge, von denen jedoch heute nur noch ein einziger in der Provinz vorhanden ist. Die Arbeit mit diesen sonst viele Vorzüge bietenden Apparaten stellt sich auf den großen Flächen des Ostens viel billiger als auf den kleineren rheinischen Gütern, so daß dieselben allmählich nach Sachsen und Schlesien ihren Abzug fanden.

Die seit 1865 allmählich sinkenden Getreidepreise sowie die gestiegenen Löhne brachten manchen Landwirth trotz der durch Nebenbau und bessere Getreide-Arten sowie durch verstärkte Viehzucht ge-

hohen Einnahmen in arge Bedrängnis; durch die gegen Ende der siebenziger Jahre eingeführten Getreidezölle wurde zwar einem weiteren Sinken Einhalt getan, allein es fand dennoch ein Herabgehen der allerdings hier und da ungerechtfertigt hohen Kauf- und Pachtpreise des Bodens statt, so daß viele Güter ihre Besitzer wechselten. Nicht wenige bisherige Eigentümer, die mit vielen Hypotheken zu hohen Zinsen zu kämpfen hatten, wurden nach dem Verkauf an Kapitalisten, welche mit niedrigerem Zinsfuß zufrieden sind, zu Pächtern und stehen sich meistens dabei besser als früher. Es bewährt sich dabei vielfach die in den mit Staatsdomänen reichlich versehenen sogenannten alten Provinzen beobachtete Erscheinung, daß alle Fortschritte von den Pächtern viel lebhafter erfaßt und durchgeführt werden als von den Eigentümern, und das ist kein Schaden für die Allgemeinheit.

Sehen wir uns nun die seit 1880 eingeführten Fortschritte etwas näher an. Da ist zunächst zu nennen die transportable Feldbahn, von den Rübenbau treibenden Landwirthen sofort nach ihrem Erscheinen mit Eifer erfaßt und neuerdings auch von den Herren Grünrücken in den Dienst der Holzabfuhr aus dem Walde gestellt; durch Benützung derselben werden die Felder bei geringerem Bedarfs an Spannkraft schneller von Rüben und auch von Kartoffeln geleert und zur rechtzeitigen Bestellung des Wintergetreides frei; zwischen durch können diese Bahnen auch zur Auffsuhr von Stallmist, Mergel und Kompost benützt werden.

Ein anderer Fortschritt wurde an den Getreidemäschin角度 gebracht, nämlich eine Vorrichtung zum Binden der Garben, wodurch ein halbes Duzend Binderinnen erspart werden; dieselbe Einrichtung ist seit einigen Jahren auch an der Dampf-dreschmaschine angebracht.

Ein weiterer hochbedeutender Fortschritt vollzog sich in der Behandlung der Milch durch die Benützung der Centrifugal-kraft bei der Entrahmung der Milch. Während früher viel Kamm, viel Gefäße, viel Zeit und viel Aufmerksamkeit nötig waren, um aus der Milch eine gute Butter zu gewinnen und als Nebenprodukt eine saure Milch übrig blieb, gewinnt man heute bei nur einiger Aufmerksamkeit und in schnellerer Reize eine hochfeine Süßrahmbutter und daneben die süße Magermilch, die sowohl ein sehr bestimmtes Getränk ist als auch im Haushalt vielfach die volle Milch unter sehr beachtenswerter Kostenersparnis ersetzt. Neuerdings ist im Molkereiwesen ein weiterer Fortschritt zu verzeichnen, nämlich das Sterilisieren der frischen Milch, wodurch sie vor dem Gerinnen und Sauerwerden für längere Zeit bewahrt bleibt und somit einen Transport bei warmem Wetter auf weite Entfernungen zu vertragen im Stande ist.

Für den Ausfall in den Einnahmen aus dem verkauften Getreide wurden nicht wenige Landwirthe durch einen lohnenden Abzug von Stroh an die Industrie entschädigt; mit Hilfe der vervollkommenen Pressen kann man heutzutage einen Eisenbahnwagen auf seine volle Tragkraft ausnutzen. Viele Landwirthe sowohl als auch sonstige Vieh- und Pferdehalter bedienen sich seit einigen Jahren als Ersatz des verkauften Strohes mit gutem Erfolg der Torfstreu, welche viermal so viel Feuchtigkeit auffangen kann als das Stroh. Auch zur bequemeren Gewinnung der städtischen Fäkalien wird der Torfmüll zu Nutze und Frommen der Produzenten in steigender Menge benützt. Seit 1880 aus den Torfbereichen Hannovers oder Hollands bezogen, gewinnen wir (in den Rheinlanden) dieses bisher unterschätzte Material jetzt durch Ausbeutung der Torflager in den Kreisen Montjoie und Malmedy, wo Okerst u. Giese die nötigen Einrichtungen dazu getroffen hat.

Ein zweites Abscheubrüdel war vor zehn Jahren noch die Thomashülse, welche als werthvoller Abfall bei dem Entphosphorieren des Eisens mittels kalkhaltiger Stoffe übrig blieb; bald erkannte man jedoch ihren Werth als Düngemittel, und es erhob sich ein allgemeines Verlangen nach derselben, wodurch schließlich eine ungerechtfertigte Preissteigerung derart entstand, daß die Landwirthe dem „Thomasing“ einen allgemeinen Streik entgegenzusetzen im Begriff waren. Jetzt hat man von beiden Seiten nachgegeben, sodaß man wie in Bürgers Leonore sagen kann:

Schutz-Lupig und der Thomasing,
Des wüsten Haders müde,
Erweichten ihren harten Sinn
Und machten endlich Friede!

Die Fortschritte in der Erkenntnis der Ernährung der Pflanzen führte u. a. auch zu der Entdeckung der Ursache, aus welcher die Hülsenfrüchte sich oft so unanbar gegen die Düngung mit Stallmist zeigen; es beruht dies darauf, daß sie mittels besonderer, bisher nicht beobachteter Organe in Form kleiner Anschwellungen an der Wurzel imstande sind, den freien Stickstoff der Luft sich anzueignen und zu organischen Stoffen umzuformen. Infolge dieser

Erkenntnis hat die Gröndung sehr an Umfang und Bedeutung gewonnen, und es giebt Landwirthe, welche dadurch eine vollständig viehlose Wirtschaft durchzuführen imstande sind, was früher für unmöglich gehalten wurde. Bei uns einseitigen noch vereinzelt, finden wir dieses Verfahren in China und Japan seit undenklicher Zeit über das ganze Land verbreitet, allerdings mit nebensächlichem sorgfältiger Benützung aller menschlichen Abfallstoffe. Während infolge dieser veränderten Ansichten der Viehstand hier und da verringert wurde, ist die Anzahl der Kraftfuttermittel infolgedessen seit einigen Jahren gestiegen, als man gelernt hat, stark wasserhaltige Futtersorten auf einträgliche Weise soweit zu trocknen, daß sie in haltbarem Zustande auf weite Entfernungen verschifft werden können. Dies ist der Fall mit den Abfällen der Brauerei, welche man zu Trockentreibern verarbeitet, die sich großer Beliebtheit erfreuen; ihnen folgten die Rübenschnitzel und zuletzt die Brauereischnitzel, welche, angenehm von Geruch und ähnlich geriebenem Schwarzbrot, in großer Menge aus Holland zu uns eingeführt wird.

Umgekehrt versucht man seit einigen Jahren das Gras nicht mehr mit Hilfe der Sonnenwärme zu trocknen, sondern man preßt es zusammen und sucht ihm durch Selbsterhitzung einen großen Theil des Vegetationswassers zu nehmen, dieses Ensilageverfahren hat die Rinderkrankheiten noch nicht ganz überstanden, berechtigt jedoch zu der Hoffnung, daß es der menschlichen Beharrlichkeit gelingen wird, auch hier bis zu einem gewissen Grade sich die Naturkräfte möglichst dienlich zu machen und von den Launen der Witterung unabhängiger als bisher zu werden.

Ein weiterer Fortschritt ist in der Rußarmachung der Moorboden zu verzeichnen, von denen unsere rheinische Provinz eine ganze Anzahl von Quadratkilometern besitzt; werden dieselben mit 4-6 Zoll Sand überfahren, der sich meistens unter dem Moor befindet und werden sie mit Kalisalzen und phosphorsäurehaltigen Düngemitteln versorgt, so werden auf solchen Boden oft Ernten gewonnen, wie sie auf der besten und theuersten Feldern bisher nicht verzeichnet wurden.

Wir sehen aus allen diesen in dem kurzen Zeitraum von kaum zehn Jahren beobachteten Fortschritten, daß wir noch lange nicht nötig haben, lediglich mangelnder Nahrungsmittel halber die Auswanderung als notwendig herzustellen. Noch giebt es in Deutschland und selbst in den geeigneten Rheinlanden ganz große Ländersstücke, auf denen bei richtiger Anwendung der von der Neuzeit gebotenen Hilfsmittel sich die geklagten Worte eines berühmten schlesischen Landwirths bewahrheiten werden: „Die Produktion kennt keine Grenzen!“

Und wir fügen dem hinzu: wo die Produktion Grenzen kennt, wo sie des Aufschwungs entbehrt und in überlebten hülfslosen Formen sich fortbewegt, ist lediglich die heutige private Wirtschaftsweise daran schuld. Der kleine Bauer kann nichts verbessern, weil ihm das Anlagekapital dazu fehlt und weil für den Kleinbetrieb transportable Feldbahnen und Dampfmaschinen überhaupt hinausgeworfenes Geld sind. Nur der Großbetrieb in den Händen und zum Nutzen des gesammten Volkes wird das Wort erst in Wirklichkeit wahr machen, daß auch die landwirthschaftliche Produktion „keine Grenzen“ kennt.

Literarisches.

Schutz dem Arbeiter! Von Franz Dike. Köln, Bachem 1890. 264 S. Diese Schrift des bekannten ultramontanen Sozialpolitikers und Reichstagsabgeordneten ist reichhaltig und belehrend, wenn auch einzelne Theile zu sehr zum größeren Ruhme des Zentrums abgefaßt erscheinen, während die Thätigkeit anderer Parteien zurücktritt. So ist gleich im ersten Abschnitt „Arbeiterschutzmärkte im Reichstag“ wohl der Anträge des Zentrums aus den 70er Jahren, aber nicht derjenigen der Sozialdemokraten gedacht. Alle Fragen des Arbeiterschutzes werden unter beständiger Bezugnahme auf die ausländische Gesetzgebung, auf die Stellung der deutschen Regierung und des deutschen Reichstages, die statistischen, hygienischen und geistig-moralischen Ergebnisse eingehend behandelt.

Dr. W. Zimmermann's Großer deutscher Bauernkrieg. Illustrierte Volksausgabe, herausgegeben von Wilh. Bloß. (Eutin, J. S. W. Dieck Verlag.) Hef 1-4. Von allen Historikern, die jene gewaltige Bewegung in Deutschland zum Gegenstand ihrer Forschungen und Darstellung wählten, steht Zimmermann dem Herzen des Volkes am nächsten. Es ist daher zu

begrüßen, daß dieses klassische Geschichtswerk in einer billigen Ausgabe weiteren Kreisen zugänglich gemacht wird. Das Werk erscheint in ca. 26-28 Lieferungen zu 20 Pf. Jedes Heft enthält an Text zwei Bogen Großformat.

In Zürich erscheint ein neues Wochenblatt „Der schweizerische Textilarbeiter“, Organ zur Wahrung der Interessen der Färber, Spinner, Weber, Posamentir-Arbeiter und Arbeiterinnen. Preis halbjährlich Fr. 2, zu abonniren bei der Expedition, Holzgasse, Auserhül-Zürich.

Auch im Kaufmännischen Stande greift die Bewegung zum Zwecke der Organisation immer weiter um sich. In einer neuen Zeitschrift, der vom Kaufmännischen Verein zu Frankfurt am Main in Verbindung mit dem bekannten volkswirtschaftlichen Schriftsteller Dr. R. Duard herausgegebenen „Kaufmännischen Presse“ (Postzeitungskatalog Nr. 3120a) liegt jetzt ein Versuch vor, auch ein literarisches Zentralorgan für Kaufleute, kaufmännische Vereine und Verbände zu schaffen.

„Glühlichter.“ Von Nr. 15 ab wird dieses humoristisch-satirische Arbeiterblatt kolorirt, reich illustriert und sechs Seiten stark erscheinen. Vierteljährliches Abonnement für Oesterreich-Ungarn 40 kr., für Deutschland 75 Pf. Einzelne Nummer 4 kr. = 10 Pf. Durch die Administration: Wien, I. Am Bergel 1.

„Die Zeitschwinger.“ Monatschrift. Reichenberg (Böhmen), Ladegasse 23. Soeben erschien Heft 3.

Briefkasten.

Streikaufrufe. Wir bitten, immer ganz kurz zu sein und nur zu schreiben: In . . . freieren . . . Weber wegen Zugung ist fernzuhalten. Alle Sendungen an — Sonst macht sich erst der Schreiber unnütze Mühe mit der Abfassung und dann müssen wir unsere Zeit wieder mit dem Abstrich und Umschreiben verlieren.

A. 100. Das wissen wir ohne nähere Einsichtnahme in den Kontrakt nicht. Privatangelegenheiten gehören übrigens nicht in das Ressort der Redaktion einer politischen Zeitung. — **Chemnitz.** Natürlich ist das ein Unterschied. Das eine bezieht sich nur auf das Erinnern und Merken, das andere auf das Beurtheilen und Erfassen. Ein Mann mit einem schlechten Gedächtniß kann daher trotzdem einen feinen und scharfen Verstand haben.

Ein Wiegenlied. 1)

Jetzt schlafe mein Bub', jetzt schlafe!
Dein Vater ist Fabrikgesell,
Trägt um die Lenden ein ruhig Fell,
Sein Tag ist schwer, sein Lohn ist schlecht,
Hat doch ein Herz, das brav und echt.
Schlafe mein Bub', jetzt schlafe!

Jetzt schlafe mein Bub', jetzt schlafe! —
Dein Vater steht an heißer Gluth,
Er schürt sie wohl, er hütet sie gut; —
Dreie legt er Eisen, gran und hart, —
Spähne zischen ihm in den Bart!
Schlafe, mein Bub', jetzt schlafe!

Jetzt schlafe, mein Bub', jetzt schlafe!
Dein Vater hebt mit keuchender Qual
Den Hammer und schlägt auf rothen Stahl,
Die Funken glüh'n, die Flammen sprüh'n;
Deines Vaters Tag ist heißes Müh'n!
Schlafe, mein Bub', jetzt schlafe!

Jetzt schlafe, mein Bub', jetzt schlafe! —
Und hast Du Dir und Deiner Braut
Ein freies Dasein einst erbaut:
Daß es Deines Vaters Schweiß genest,
Berüh es nie, mein Bub'! — Doch jetzt
Schlafe, mein Bub', jetzt schlafe! — — —

R. M. Heidt.

1) Aus „Zwei Seelen“. Großenhain und Leipzig. Baumert und Ronge.

Frankfurt a. M.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle ich die „Berliner Volks-Tribüne“ und ganz besonders die „Berliner Arbeiterbibliothek“.

1. Serie 12 Hefte. Preis pro Heft 15 u. 20 Pf.
1. Heft: Ein sozialistischer Roman. 2. Heft: Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung. 3. Heft: Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart. 4. Heft: Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune. 5. Heft: Charakterköpfe aus der französischen Arbeiterbewegung. 6. Heft: Die Hausindustrie in Deutschland. 7. Heft: Junker und Bauer. 8. Heft: Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Entwicklung der Sozialdemokratie. 9. Heft: Die Marx'sche Werththeorie. 10. Heft: Die Sozialdemokratie und der deutsche Reichstag. 11. Heft: Die soziale Frage auf dem Lande. 12. Heft: Internationale Arbeiterschutzeschgebung.

Möchte jeder Genosse dazu beitragen, daß die Bibliothek jeder Arbeiter bekommt, denn unsere Lösung muß sein: immer mehr Licht.

H. Faust,
Schäfersgasse 15, 4 Tr.
Frankfurt a. M.

W. Gründel's Restaurant

(früher: R. Wendt)
Dresdenerstraße 116.
Arbeitsnachweis und Verkehr der Buchbinder, Schlosser, Drechsler, Maler, Töpfer, Stellmacher, Sattler und Gärtner.
Reichhaltiger Frühstück-, Mittag- und Abendbrot.
Vorzügliches Weiß- und Bairisch-Bier.
2 Billards und Kegelbahnen. — Saal zu Versammlungen.
Fernsprech-Anschluß. Amt 9a. Nr. 578.

Albert Auerbach,

Berlin S., Kottbuser Damm 7.
Schuh- und Stiefel-Lager
für Herren, Damen und Kinder.
Reelle Bedienung. — Feste Preise.



Die seit 1877 bestehende, weltbekannte Uhrenfabrik

VON
Max Busse

157. Invaliden-Strasse 157,
neben der Markthalle.

verkauft jetzt sämtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Für jede Uhr wird reelle Garantie geleistet.
Grosse Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von
Gold-, Silber-, Granaten- und Korallenwaaren zu fabelhaft billigen Preisen.
Spezialität: Ringe.
Reparaturen an Uhren und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt.

Fachverein der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter.

Sonnabend, den 14. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, Annenstr. 16:

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Bölsche über „Heinrich Heine“. — 2. Beschlußfassung über das diesjährige Sommervergütigen. — 3. Verschiedenes und Fragekasten.
Aufnahme neuer Mitglieder. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

NB. Der unentgeltliche Arbeits-Nachweis des Vereins befindet sich Dresdener Strasse 16. Geschäftsstunden: Wochentags von 12-1 Uhr, Abends 8-9 Uhr, Sonntags von 10-11 1/2 Uhr. Telephon-Anschluß Amt 9a, IV, 578.

Sonntag, den 15. Juni:

Ausflug mit Damen nach Friedrichsfelde.

Abfahrt Jannowbrücke 1,45, bis Station Friedrichsberg. Treffpunkt für Nachzügler bei Rösch, Pringz-Allee 6.

Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager
von
O. Klein.
15. Mitterstraße 15.
Dafelbst-Zahlstelle der Gürtler u. Bronceure (G. H. 60.)

Allen Freunden und Genossen empfehle mein

Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.

2 Vereinszimmer stehen zur Verfügung.
Herrmann Wuttke,
Friedrichsbergerstr. 20 pl.,

Der Arbeitsnachweis

der
Klavierarbeiter

befindet sich jetzt Ranninstr. 78, im Restaurant Winger. Die Adressenausgabe findet jeden Abend von 8-9 1/2 Uhr u. Sonntags Vormittags von 10-11 1/2 Uhr an Mitglieder wie an Nichtmitgliedern unentgeltlich statt.

Die Arbeitsvermittlungskommission.

Empfehle den Genossen meine zum
Minimal-Lohnentarif
der Berliner Tabakarbeiter
verfertigten Cigarren.

Wilh. Boerner,

Ritterstr. 108, d. 2. Haus v. d. Pringenzstr.

Allen Freunden und Genossen empfehle ich mein

Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal.
Herrmann Klitzke,
Weinmeisterstr. 6.

Die Thüringer Tribüne

vertritt die Interessen der Arbeiter in politischer wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Beziehung in entscheidender Weise. Dieselbe erscheint wöchentlich zweimal. In ihrer Rubrik „Aus Thüringen“ beleuchtet dieselbe speziell das Streben und Wirken des werththätigen Volkes Thüringens.

Jede Postanstalt nimmt Abonnements zum Preise von 1 Mark vierteljährlich entgegen.
Im gleichen Verlage erscheint die „Neufische Tribüne“ und das „Nordhäuser Volksblatt“, welche im zweiten Nachtrag der Postzeitungsliste eingetragen werden und zu den gleichen Bedingungen zu beziehen sind.

Der Verleger.

Erfurt. Karl Schulze.